ROTE ANNELIESE

Nr. 162 / Mai 2000 Fr. 3.50

Wildwest im Goms:

300 Tonnen Klärschlamm in Baugrube verlocht!

Seite 4

Gelbe China-Mission:

150 000.– aus der Staatskasse

Seite 7

Leukerbad:

Die schwarz-gelbe Viererbande

Seite 8

Steuergesetzrevision: Geschenke für die Reichen auf dem Buckel der Kleinen

Seite 3

Seite 7

Höhere Kinderzulagen:

Die Spitzkehre der Wirtschaftsverbände

Öffentlicher Verkehr: Autoparkhäuser statt Velounterstände

Seite 6

Skipisten Laxer Alpe:

Wo steckt der Umweltbericht?

Seite 9

Repression in Lax:

Bauer verliert Nebenjob

Seite 9

Autobahn:

Staatsrat schaltet wieder auf stur

Seite 10

Interview:

Mit Ex GBI-Präsident Leander Stoffel

Seite 11

Landschaftsrappen:

Ein lupenreiner Schwindel

Seite 14

Passolini:

Ketzer und Aussenseiter

Seite 16

Neonazis: Die Schlägertrupps im Oberwallis Seite 12 und 13

Dicke Eier

Josef Escher im Dorf-Brunnen

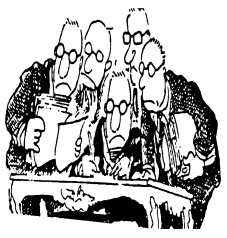
Auf dem Dorfplatz von Simplon-Dorf steht die Plastik des bisher einzigen Oberwalliser Bundesrates Josef Escher. Immer wieder wird die Plastik das Opfer nächtlichen Vandalismus. Einmal ging die Escher-Büste im kalten Wasser des Dorfbrunnens baden, ein andermal war sie Opfer von Magensäuren. Die Simpeler Dorfauguren rätseln seither, wem die gemeinen Attacken wohl gegolten haben. Der schon längst verstorbene Bundesrat kann wohl nichts dafür.

Rey-Bellet verteilt Maulkörbe

CVP-Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet ist nervös. Immer wieder sagen kritische Beamte öffentlich ihre Meinung, welche nicht mit der Departementsdoktrin übereinstimmen. Ab Freitag, den 31. März 2000 ist nun Schluss mit der Redefreiheit. Rey-Bellet hat allen unteren Beamten einen Maulkorb umgehängt. Auskunftsfähig gegenüber Journalisten sind jetzt einzig die Chefs der Dienststellen. Die Motivierten werden gebremst, die Schweiger belohnt.

Brunner gegen Bloetzer

Der gelbe Gemeindepräsident von Eischoll Thomas Brunner und der gelbe alt Ständerat Peter Bloetzer kommuniziern über ihre Anwälte. Die Gemeinde Eischoll weigert sich «horrende Nebenkosten» im Zusammenhang mit der Planung des Regenklärbeckens zu bezahlen. Bloetzers Büro BIAG hatte eine viel zu teure Anlage geplant, so dass der Bund die Subventionen verweigerte, wenn die Kosten nicht gesenkt würden. In einem Zusatzauftrag suchte Bloetzer so intensiv nach möglichen Einsparungen, dass die Suche mehr kostete als die Einsparungen selbst. Jetzt reden die Anwälte der gelben Streithähne und die Tonlage lässt vermuten, dass bald auch die Richter mitspielen.



Älpler Bärti bekam Watschen von Odilo

Es ist ein offenes Geheimnis: der gelbe Odilo Schmid stimmt unter der Bundeshauskuppel in wesentlichen Fragen mehr mit der roten Fraktion als mit der schwarzen. Bei der Abstimmung zur Initiative von SP-Nationalrat Tschäppät zur Einrichtung eines sogenannten Kohäsionsfonds zu Gunsten der Randregionen lupfte es dem Geologen den Deckel. Sein Parteichef Bärti Durrer und einige getreue Gefolgsleute stimmten gegen die Interessen der Berg- und Randregionen. Gegenüber der Berner Zeitung erklärte Schmid, dass Durrer endlich aufhören müsse, Liebkind der SVP zu sein, bloss um die von Blochers Partei umworbene Agglomerationsbevölkerung anzusprechen. Und er stellte in Aussicht: «Ich muss Durrer mal fragen, ob er überhaupt noch weiss, wo er seine Wähler hat.»

Gsponer zurückgepfiffen

Thomas Gsponer

Thomas Gsponer sieht und hört sich gerne in den Medien. Er meldet sich zu allen möglichen und unmöglichen Themen zu Worte. Ab und zu setzt er auch zu Rundumschlägen gegen die eigenen Leute an. Letzthin liess er sich mit einem CVP-Staatsrat an. Dass der Angriff auf einen CVP-Staatsrat kein Kinderspiel ist, musste der gelbe Fraktionschef anlässlich der letzten Grossratssession zur Kenntnis nehmen. Eine Woche vor der Session geisselte Gsponer im Walliser Boten den Entwurf von Staatsrat Fournier zur territorialen Reorganisation als «schwach» und «unvollständig» und als «punktuelles Flickwerk». Dafür liess er sich im WB sogar mit einem Foto ablichten. Am ersten Sessionstag zirkulierten in Kreisen der CVP Mittelwallis Fotokopien von Gsponers Angriff auf ihren Staatsrat. Am zweiten Sessionstag griff der ansonsten nicht verlegene gelbe Politiker das Mikrofon und entschuldigte sich kleinlaut vor dem versammelten Grossen Rat in aller Form für seine Kritik an die Adresse von Staatsrat Fournier. Niemand im Saal zweifelte mehr daran, dass die CVP-Leute ihrem aufmüpfigen Kollegen am Vortag die «Pumphosen» gezeigt hatten. Das Bild von Kritiker Gsponer ist seither stark ramponiert.

Richtigstellung der Kantonspolizei

Fotomontage aus der «Roten Anneliese Nr. 161»

Die «Rote Anneliese» veröffentlichte in ihrer Märznummer zum Thema Drogenpolitik die nebenstehende Fotomontage. In einem Brief an die «Rote Anneliese» sorgt sich der Informationschef der Kantonspolizei, Carlo Kuonen, um den Ruf der Polizei und fordert folgende Richtigstellung: «In der Ausgabe vom März 2000 veröffentlichte die ‹Rote Anneliese› ein Bild eines Polizisten, der hinter einem Stacheldrahtzaun einen jungen Mann kontrollierte. Im Hintergrund stand ein Dienstkollege mit einer Waffe für Gummigeschosse und Tränengas. Als Legende stand: ‹Tatort Bahnhof Brig: Polizei filzt Jugendliche ohne Tatverdacht und ohne Untersuchungsbefehl›. Das Bild ist irreführend. Die ‹Rote Anneliese› anerkennt, dass Situation und Legende nicht übereinstimmen. Es zeigt nicht etwa Polizisten der Kantonspolizei Wallis auf dem Bahnhof Brig, sondern eine Polizeikontrolle in einem anderen Kanton.»

Kommentar der «Roten Anneliese»: *Wir bestätigen der Kantonspolizei höflichst, dass es sich um eine beabsichtigte Fotomontage handelt und bedauern, dass die Erkennungsspezialisten der Kantonspolizei dies nicht auf Anhieb merkten. Des weiteren sind auch wir um den guten Ruf der Kantonspolizei bei den gefilzten Jugendlichen besorgt. Wir sind allerdings erstaunt, dass die Kantonspolizei bloss die Fotomontage beanstandet, hingegen den Vorwurf der unrechtmässigen Untersuchung von Jugendlichen nicht dementiert. Hieraus schliessen wir, dass die Kantonspolizei tatsächlich Jugendliche ohne Tatverdacht und ohne Untersuchungsbefehl filzt und schlagen ihr vor, ihren miserablen Ruf in diesem Bereich etwas aufzubessern.*

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 4500 Expl.
Jahresabo: Fr. 30.–
Unterstützungsabo: Fr. 60.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
– German Eyer (eg)
– Kurt Marti (ktm)

Freie MitarbeiterInnen
Renate Werlen, Ursula Schild, Peter Jossen, Cyrill Pinto, Dominik Luggen, Andreas Weissen (aw), Hilar Eggel (he) und andere

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
Fax 027 923 69 71
rote.anneliese@rhone.ch

Das unsoziale Steuergesetz des Willy Schnyder

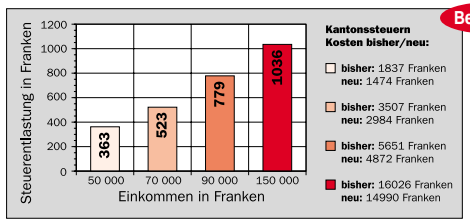
Steuergeschenke für Grossverdiener

- Profitieren werden die Reichen
- Kanton und Gemeinden verlieren 100 Millionen Franken
- Am härtesten wird es die Leute mit den tiefen Einkommen treffen

(eg) **– Bei Steuergesetzrevisionen zeigt sich jeweils das wahre, soziale Gewissen von Regierung und Parlament. Während der Beratung zum neuen Walliser Steuergesetz herrschte im Grossratssaal in Sitten eisige Kälte. Die Wahlversprechen der bürgerlichen Parteien, sich für Leute mit tiefen Einkommen und Familien einzusetzen, verkamen zu reinen Lippenbekenntnissen.**

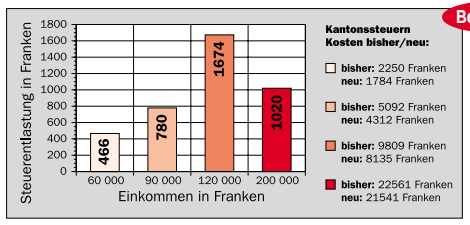
Steuergesetzrevisionen sind eine staubtrockene Materie doch hinter den Zahlen und vor den Kommas steckt viel soziale Sprengkraft. Die «Rote Anneliese» hat einige Beispiele durchgerechnet wer im Wallis in Zukunft wieviel Steuern bezahlt und wer am meisten profitiert. Fazit: Profitieren werden diejenigen die schon heute auf Rosen gebettet sind. Die Familien mit den tiefen Einkommen müssen weiterhin unten durch. Schlimmer noch.

Staatsrat Schnyder will für Kanton und Gemeinden auf 80 Millionen Franken Steuern verzichten. Der Grosse Rat hieb noch eines drauf und beschloss Steuergeschenke in der Höhe von nahezu 100 Millionen Franken. Die Steuerausfälle zu Gunsten der Reichen werden vor allem für die ohnehin schon arg gebeutelten Gemeinden ins gute Tuch gehen. Unsoziale Gebührenerhöhungen werden die logische Folge sein. Die Leute mit den tiefen Einkommen wird's damit ein zweites Mal treffen.



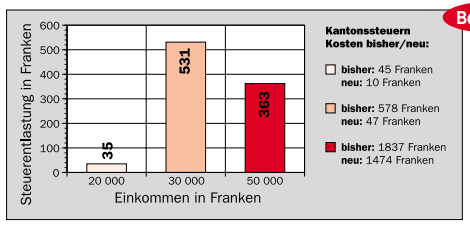
Beispiel 1 Verheirateter, berufstätiger Mann, zwei Kinder

Diese Tabelle zeigt die brutale Wirklichkeit der geplanten Steuerrevision: Wer viel verdient, profitiert am meisten. Für einen verheirateten Mann in führender Stellung mit einem Einkommen von 150 000 Franken bringt das neue Steuergesetz eine Reduktion von mehr als 1000 Franken. Ein einfacher Arbeiter oder Angestellter – ebenfalls mit zwei Kindern – und einem Einkommen von 50 000 Franken hingegen wird bloss mit einem Drittel davon, nämlich mit 363 Franken entlastet. Obwohl gerade er dringend auf eine spürbare Steuererleichterung angewiesen wäre.



Beispiel 2 Verheirateter, berufstätiger Mann mit Ehefrau als Zweitverdienerin, zwei Kinder

Das gleiche Bild präsentiert sich für Ehepaare bei denen die Frau ebenfalls einer Berufstätigkeit nachgeht: wer viel hat dem wird noch mehr gegeben. Ehepartner mit zwei Kindern und einem steuerbaren Einkommen von 60 000 Franken zahlen 466 Franken weniger Steuern pro Jahr. Wer hingegen ein Einkommen von 120 000 Franken versteuern muss, profitiert um fast das Vierfache. Es gibt eine Steuererleichterung von 1673 Franken. Und diejenigen, die mehr als 200 000 Franken verdienen erhalten immerhin noch ein Steuergeschenk von einem Tausender pro Jahr.



Beispiel 3 Ledige, berufstätige Mutter, zwei Kinder

Längerfristig wird sich das neue Steuergesetz genau für die Menschen am negativsten auswirken die am Ende des Monats auf jeden Franken angewiesen sind: die ledigen Mütter mit Kindern und tiefen Einkommen. Auf den ersten Blick scheint die Steuerbelastung für diese Bevölkerungsschicht zwar erträglich. Weil hingegen die Gemeinden wegen dem neuen Steuergesetz und den Steuergeschenken für die Reichen Steuerausfälle von 50 Millionen Franken hinnehmen müssen, werden sie in absehbarer Zeit die Gebühren für Kehricht, Wasser oder Kanalisation erhöhen müssen. Und von diesen unsozialen Gebühren, die für arm und reich gleich hoch sind, werden die Leute mit den tiefen Einkommen am härtesten getroffen.

Fällt der Kanton Wallis wie der Kanton Uri auf die Nase?

Das Wallis gehört zu den ärmsten Kantonen der Schweiz. In schöner Regelmässigkeit bildet er neben den Kantonen Uri, Jura, Obwalden und Appenzell Innerrhoden das Schlusslicht gemessen an der Finanzkraft der Kantone. Als finanzschwacher Kanton profitiert das Wallis überproportional vom nationalen Finanzausgleich. Die Finanzkraft eines Kantons wird unter anderem an den Steuereinnahmen gemessen. Der Kanton Uri senkte vor Jahren die Steuern. Die Urner erhofften sich von tieferen Steuern finanzkräftige Investoren im Lande der Reuss und damit einen wirtschaftlichen Aufschwung. Doch die Ebners und Blochers kamen nicht. Schlimmer noch, wegen den geringeren Steuereinnahmen wurde der Kanton neu als finanz-mittelstarker Kanton eingestuft und verlor dadurch noch einmal Millionenbeträge vom Finanzausgleich. Das vermeintliche Urner Finanzwunder erhoffen sich jetzt im Wallis die grossrätlichen Steuersenker. Aufgeschreckt durch den realen Fall Uri ist man jetzt im Departement Schnyder eifrig am rechnen. Warten wir's ab.

Die Quittung für eine verfehlte Abwasserpolitik des Kantons

300 Tonnen Klärschlamm auf Baudepot verlocht

(ktm) **– Die ARA Brunni in Fiesch hat im April rund 300 Tonnen Klärschlamm auf dem Baudepot der Firma Albin Weger-Söhne AG in Geschinen verlocht. Noch im Februar dieses Jahres hat Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet im Grossen Rat die Wiederherstellung einer illegalen Klärschlammdeponie in Lax versprochen und die Bestrafung der Täter gefordert.**

Auf dem Baudepot der Firma Albin Weger-Söhne AG lagern seit einem Monat rund 300 Tonnen Klärschlamm aus der ARA Brunni in Fiesch. Das Baudepot liegt an der Kantonsstrasse zwischen Geschinen und Ulrichen am Ort genannt «Kalbereye» direkt am Trützibach. Der Klärschlamm wurde notdürftig in einer Mulde versenkt und mit etwas Humus überdeckt. Vom Regen ausgewaschen vermischt sich die Klärschlammgülle mit dem Schneeschmelzwasser und gelangt direkt ins Grundwasser. Überall auf dem Depot liegen weitere Reste von Klärschlamm herum, vermischt mit Humus. Der unappetitliche Haufen stinkt buchstäblich zum Himmel.

Die rechtliche Lage ist glasklar. «Seit dem 1. Januar 2000 ist das Deponieren von Klärschlamm verboten», wie Patrick Graber vom Rechtsdienst des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) bestätigt. Der Bundesrat hat die entsprechende Technische Verordnung über Abfälle (TVA) bereits 1996 beschlossen und eine Übergangsfrist bis am 1. Januar 2000 gewährt. Aber auch schon vor dem 1. Januar war es grundsätzlich nicht erlaubt, Klärschlamm auf Deponien abzulagern. Die Errichtung einer Deponie zur Lagerung und Zwischenlagerung erforderte eine Bau- und Betriebsbewilligung des Kantons mit umfangreichen Sicherheits- und Schutzmassnahmen der Umgebung und der Gewässer.

Kanton will verbrennen – ARAs antworten mit Wildwest

Die 300 Tonnen Klärschlamm enthalten rund 70 Prozent Wasser und entsprechen rund 100 Tonnen Trockensubstanz. In der ARA Fiesch fallen im Jahr gemäss Auskunft von Betriebsleiter Ernst Imhasly 110 Tonnen Trockensubstanz an. Auf dem Baudepot lagert also fast eine ganze Jahresproduktion. Weil die Nachfrage aus der Landwirtschaft wegen der Umstellung auf IP- und Bio-Standard stark zurückgegangen ist, schreibt der Kanton die Verbrennung im Lonza-Ofen vor. Im letzten Jahr hat der Grosse Rat Subventionen von 1,2 Millionen Franken an den Lonza-Ofen zugestimmt. Doch damit fängt die Zeche für die Gemeinden erst an. Der Transport, die Trocknung, die Verbrennung und Lagerung (die Hälfte bleibt als Schlacke zurück) kostet pro Tonne Klärschlamm rund 1000 Franken. Mit der Verbrennung hat sich der Kanton billig aus der Verantwortung geschlichen und den schwarzen Peter den ARAs beziehungsweise den Gemeinden zugeschoben. Für diese ist die Verbrennung offensichtlich zu teuer und sie antworten mit Wildwestmethoden.

In der ersten April-Woche hatten die Lastwagen der Firma Albin Weger-Söhne AG Hochbetrieb. Sie transportierten den Klärschlammberg von der ARA Brunni in Fiesch auf das Baudepot in Geschinen, wo die Firma des Alt CVP-Grossrates Albin Weger und seines Sohnes und Münstiger Gemeinderates Philipp Weger, Baumaschinen und Baumaterialien, sowie Bauschutt lagert.

Erstaunlich ist, dass ausgerechnet ein Unternehmer aus dem oberen Goms im Klärschlammgeschäft mitmischen darf. Bislang taten dies vor allem die Bauunternehmer und Transporteure von Lax und Fiesch, nämlich Franz-Josef Volken und Alfred Bodenmann. Offenbar wurde diesen nach den Strafandrohungen des Staatsrates die Sache doch zu heiss (siehe Rote Anneliese Nr. 161), so dass diesmal die Bauunternehmung Albin Weger-Söhne AG zum Zuge kam.

Kommentar:

Millionenschwerer Leerlauf

Die Abwasserleitung nach Fiesch und die ARA Brunni kosteten bereits Millionenbeträge. Die neuste Erweiterung wird weitere 6,7 Millionen Steuergelder verschlingen. Für den Umweltschutz tun die Bauunternehmer und Ingenieurbüros alles. Nichts ist ihnen zu teuer! In der Abwasseranlage in Fiesch wird das Abwasser mit den neusten technischen Einrichtungen von den Schadstoffen getrennt. Der anfallende Klärschlamm wird sorgfältig gelagert und auf Lastwagen geladen. Anschliessend fahren die Lastwagen den gesamten Gommer Klärschlamm 20 Kilometer weiter nach Geschinen. Dort kippen sie ihn kurzerhand in eine Grube, wo das Regen- und das Schneeschmelzwasser die Schadstoffe auswaschen und ins Grundwasser schwemmen. Staatsrat Rey-Bellet hat im Februar dem Grossen Rat Konsequenzen für frühere illegale Klärschlammdeponien in Lax versprochen. Er muss endlich handeln und eine Untersuchung einleiten.

Klärschlammdeponie Ebnet in Lax: Imhasly gegen Borter

«Ein Gesuch bringt bloss mehr Bürokratie»

Auf der Deponie im Ebnet bei Lax lagern seit 1996 schätzungsweise 250 Tonnen Klärschlamm. Laut Staatsrat Rey-Bellet gibt es für diese Deponie keine Bewilligung. Daran rütteln auch die Betriebsleiter der ARA Brunni und Briglina, Ernst Imhasly und Tony Borter nicht. In den Haaren liegen sie sich vielmehr über die Herkunft des Klärschlammes. Imhasly behauptet:
«Der Klärschlamm ist nicht von uns, sondern kommt von der ARA Briglina.» Borter hingegen ist gar nicht erfreut über diese Kollegenschelte und hat Imhasly deswegen die Leviten gelesen. Borter gibt zwar zu, dass die ARA Briglina Klärschlamm nach Lax verfrachtet habe. Dafür hätte es allerdings eine mündliche Abmachung mit dem Kanton gegeben. Schriftliches hingegen kann Borter nicht vorweisen.

Zeugen in Lax sind sich allerdings sicher, dass die Aussage von Imhasly nur zum Teil stimmt. 1996 haben mehrere LaxerInnen mit Erstaunen mitangesehen, wie der Camioneur Alfred Bodenmann tagelang Klärschlamm aus der ARA Brunni ins Ebnet transportiert habe. Damals war Bodenmann noch im Gemeinderat und habe versprochen, die Sache selbst zu regeln…

Imhasly seinerseits ist erzürnt über Jean-Pierre Schnydrig, den Chef der Dienststelle für Umweltschutz: «Wahrscheinlich hätten wir ein Gesuch machen sollen. Aber der Kanton hat uns nie richtig informiert, wie man solche Gesuche macht.» Grundsätzlich ist er der Meinung, dass «eine Bewilligung doch nichts ändert. Sie bringt bloss mehr Bürokratie.»

Der Klärschlammberg in der Kalbereye zwischen Geschinen und Ulrichen wird vom Bagger der Firma Albin Weger-Söhne AG notdürftig mit Humus überdeckt.

Überall auf dem Baudepot kommt Klärschlamm zum Vorschein.

Das Regen- und Schmelzwasser vermischt sich mit der Klärschlammgülle und fliesst ungehindert ins Grundwasser.

Wer zahlt und wer kassiert?

Die Firma Weger war ohnehin vor Ort, weil sie einen Teil der Bauarbeiten zur Erweiterung der ARA Brunni ausführt. Die Arbeiten unter der Bauleitung von Urban Paris vom Büro Schneller, Ritz und Partner kosten stolze 6,8 Millionen Franken, welche zulasten von Bund, Kanton und Gemeinden gehen. Ebenfalls an den Bauarbeiten beteiligt ist die Firma Volken-Beton AG des Fiescher Betonzaren und Gemeinderates Franz-Josef Volken.

Wieviel die Firma Weger-Söhne für die «Klärschlammverwertung» verdient und wer die Zeche bezahlt, darüber lässt sich im Moment nur spekulieren. Möglicherweise hat Weger den Bauauftrag nur erhalten, weil er im Gegenzug den Klärschlamm abnahm. Angenommen die ARA bezahlt Weger pro Tonne Klärschlamm 500 Franken, dann spart die ARA im Vergleich zur Verbrennung 50 000 Franken und Weger kassiert für die wilde Entsorgung ebenfalls 50 000 Franken. Offen bleibt, wer diese Transporte effektiv bezahlt.

Am wahrscheinlichsten ist die «Subventionslösung» über die Investitionsrechnung der Erweiterungsbauten der ARA Brunni. Dort sind nämlich für Unvorhergesehenes 323 000 Franken eingesetzt. Und diese Zeche bezahlen schlussendlich die SteuerzahlerInnen. Wenn er frech genug ist, mischt Bauunternehmer Weger den Klärschlamm mit Humus und verkauft das Material zur Aufschüttung des Lawinenschutzdammes von Geschinen.

Die ARA Brunni in Fiesch wird für 6,8 Millionen erweitert.
Für den Gewässerschutz ist den Bauunternehmern nichts zu teuer…

Die Verantwortlichen des Schlammassels:

- **Jean-Jacques Rey-Bellet, CVP-Staatsrat:**
Hat dem Grossen Rat die Klärschlammverbrennung vorgeschlagen. Den Gemeinden ist sie zu teuer. Wildwest-Methoden sind die Folge. Verspricht die Bestrafung der Täter früherer illegaler Klärschlammdeponien. Bisher ohne Erfolg.

- **Jean-Pierre Schnydrig, Chef der Dienststelle für Umweltschutz:**
Hat jahrelang die Verantwortung zur Klärschlammentsorgung den Gemeinden zugeschoben. Alternative Lösungen wurden abgewürgt. Klagt über zuwenig Personal, das ihm der C-dominierte Grossrat verweigert. Hat die Kontrolle verloren und resigniert.

- **Andreas Wyden, Präsident der ARA Brunni, CVP-Grossrat:**
Der Gemeindepräsident von Bellwald und Präsident des Gommer Gemeindeverbandes hält sich wohlweislich aus der Sache. Er weiss: Die Bruderschaft der Imhasly und Volken mischen Beton, Klärschlamm und Vitamin B. Wer sich gegen sie stellt, ist ein einsamer Mensch.

- **Ernst Imhasly, Betriebsleiter der ARA Brunni:**
Vetter von Betonzar Franz-Josef Volken. Steht bis zum Hals im Klärschlamm. Spielt das Klärschlammproblem herunter und ist froh um geschäftstüchtige Camioneure, welche ihm den Klärschlamm abtransportieren. Egal wohin!

- **Alphons Imhasly, Treuhänder der ARA Brunni, Alt CVP-Grossrat:**
Vetter von ARA-Betriebsleiter Ernst Imhasly und von Betonzar Franz-Josef Volken. Ist dabei, wenn etwas in die Hosen geht. Sein Leistungsausweis: Zentralkäserei Niederernen (Konkurs), Schreinerei Imhasly-Perren AG (im März liquidiert und Chaos hinterlassen), Klärschlammentsorgung (System «open air»).

- **Franz-Josef Volken, Bauunternehmer und FDP-Gemeinderat Fiesch:**
Der mächtigste Bauunternehmer im Goms. Ist für die FDP im Gemeinderat von Fiesch. Hat Erfahrung mit dem Mischen von Klärschlamm. Guter Freund von Josef Zimmermann, dem Chefjuristen von CVP-Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet.

- **Urban Paris, CVP-Ingenieur und Bauleiter der Erweiterungsbauten:**
Sein System der Abwasserreinigung ist finanziell ein Fass ohne Boden. Wer die Kosten im Griff halten will, kippt den Klärschlamm kostengünstig auf Halde. In zwei Jahren ist Schluss mit den öffentlichen Subventionen für ARAs. Bis dahin will er noch tüchtig abräumen.

Regionaler öffentlicher Verkehr mit angezogenen Bremsen

Nicolas Mayor ignoriert Bützbergers Konzept

(ktm) **– Ende März präsentierte Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet und der Chef der Dienststelle für Verkehr, Nicolas Mayor, das kantonale Konzept für den öffentlichen Verkehr. Eine Studie des Planungsbüros «Bützberger und Partner» wanderte in die Schublade.**

«Nein, das Konzept für den öffentlichen Verkehr (ÖV) im Oberwallis des Planungsbüros «Bützberger und Partner AG» gebe ich Ihnen nicht heraus. Es ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt», erklärt Nicolas Mayor, Chef der Dienststelle für Verkehrsfragen, auf mehrfache Anfrage hartnäckig. Das Büro Bützberger hatte das Konzept im Auftrag des Baudepartements verfasst und zwar als Grundlage für das kantonale ÖV-Konzept. Auf gutes Zureden rückt schliesslich Mayor eine Zusammenfassung des Konzepts heraus. Dabei wird die grosse Zurückhaltung Mayors schlagartig klar. Wesentliche Forderungen des Büros Bützberger sucht man im kantonalen Konzept vergeblich. **Sieben Beispiele:**

1 Strassenbau statt Neudefinition der Verkehrspolitik

• **Planungsbüro Bützberger:** Der Strassenbau wird im Oberwallis gefördert, dem öffentlichen Verkehr laufen die Fahrgäste davon. Das Wallis braucht dringend eine kohärente Verkehrspolitik, welche Strasse –, wie öffentlichen Verkehr unter einen Hut bringt.

• ***Rote Anneliese:*** *Das krasse Missverhältnis der Investitionen (ÖV: 8 Millionen versus Strasse: 240 Millionen) findet im kantonalen Konzept keine Erwähnung. Stattdessen werden die Segnungen der Autobahn und des Flugplatzes Sitten gepriesen. Für die Autobahnraststätten und den Flugplatz von Sitten gibt der Kanton 1,1 Mio. Franken jährlich aus. Im Konzept werden diese Zahlen verschwiegen.*

2 Motorisierung statt kantonale Parkplatzpolitik

Die kommunalen Parkplatzreglemente für Neu- und Umbauten sollen überarbeitet werden. Bei der Erschliessung muss dem öffentlichen Verkehr mehr Beachtung geschenkt werden.

Stattdessen philosophiert das kantonale Konzept unverbindlich über Raumplanung und Motorisierung: «Die Motorisierung entsteht aus einem Mobilitätsbedürfnis, welches seinerseits wiederum die Motorisierung anregt…»

3 Auto statt Velo: Park&Ride statt Bike&Ride

Die Bahnkunden kommen im Oberwallis mehrheitlich zu Fuss oder mit dem Velo zum Bahnhof. Deshalb sind vor Witterung geschützte und diebstahlsichere Veloparkplätze eine Grundvoraussetzung zur Förderung des öffentlichen Verkehrs.

Im kantonalen Konzept findet die desolate Velo-Situation in Brig und Visp, wo es keine gedeckten Abstellplätze gibt, keine Erwähnung. Stattdessen fordert der Kanton den Ausbau der Park&Ride-Anlagen für den Autoverkehr, beispielsweise ein Riesenparkhaus in Täsch.

4 Vorschläge für Rufbusse werden ignoriert

Es besteht ein grosse Bedürfnis nach Abend- und Nachtverbindungen. Die Linie Visp– Brig wird als Pilotprojekt vorgeschlagen. Als Pilotprojekt für eine schwachfrequentierte Linie wird ein Rufbus für die Linie Brig-Mund vorgeschlagen.

Zu wenig Geld für den Ortsbus Brig-Glis Naters: Die Werbefläche versperrt die Sicht ins Freie; die Ortsanzeige lautet auf den Namen der Werbefirma und auf dem Bus steht gleich noch, wieso man den Bus besser nicht benutzt: Die Migros bietet 290 Gratis-Parkplätze!

Im kantonalen Konzept sucht man diese konkreten Vorschläge vergeblich.

5 Tarifverbund wird seit Jahren bloss geprüft

Der Tarifverbund muss so rasch wie möglich im Oberwallis eingeführt werden. Es geht in der heute fortschrittlichen Zeit nicht mehr an, dass der Kunde des öffentlichen Verkehrs pro Verkehrsunternehmen einen Fahrschein lösen muss (Bützberger 1997).

Drei Jahre später ist der Kanton Wallis noch keinen Schritt weiter und will den Tarifverbund weiterhin bloss prüfen. Im Wortlaut: «Bis 2005 empfiehlt es sich, die Einführung eines Tarifverbundes im Wallis zu prüfen.»

6 Öffentlicher Verkehr braucht starkes Marketing

Bei sinkenden Fahrgastzahlen genügt es nicht, zu warten, bis die Fahrgäste kommen. Die Verkehrsunternehmen müssen die Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Eine überregionale Zusammenarbeit ist dringend zu empfehlen. Bützberger schlägt hierfür einen «Ombudsmann bzw. einen Delegierten für den öffentlichen Verkehr» vor.

Diese Vorschläge werden im kantonalen Konzept totgeschwiegen.

7 Strassengebühren: Olympische Utopie?

In Anlehnung an das Verkehrskonzept für Olympia 2002 soll eine Gebühr für Autos erhoben werden, welche mit weniger als drei Personen das Goms, das Saas- und Mattertal hinauffahren. Von der Gebühr befreit sind Feriengäste, welche mindestens drei Tage im Tal bleiben.

Im strassendominierten Baudepartement hatte dieser Vorschlag keine Chance.

Das Finanzwunder Rey-Bellet

Mehr Leistung mit weniger Geld!

Der regionale ÖV ist durch den Bau von Kantons- und Nationalstrassen, sowie durch den Bau der NEAT und der Bahn 2000 unter Druck. Statt nach neuen Finanzierungen zu suchen (z. B. wie im Kanton Aargau durch die LSVA-Geldern) will der Kanton offenbar die Leistungen beim öffentlichen Verkehr noch mehr kürzen. Im kantonalen Konzept steht der fettgeschriebene Grundsatz: «Mehr Leistung mit weniger Geld!» Als erste Massnahme zur Förderung des regionalen ÖV werden Spar- und Rationalisierungsmassnahmen genannt. Beim guten Angebot zwischen Visp und Brig spricht der Kanton sogar von «einem Überangebot» und will dieses rationalisieren. Frage: Wird nach dem Bau der Autobahn auch das offensichtliche Überangebot an Strassen in diesem Abschnitt abgebaut?

Höhere Kinderzulagen versprochen und abgeblasen

Die plötzliche Spitzkehre der Wirtschaftsverbände

(ktm) **– Vor anderthalb Jahren haben sich die VertreterInnen der Walliser Wirtschaft am runden Tisch für eine Erhöhung der Kinderzulagen ausgesprochen. Jetzt sabotieren sie in einer konzertierten Aktion das entsprechende kantonale Gesetz über die Familienzulagen. Die Parteien hingegen stehen mit Ausnahme der Liberalen voll hinter der Vorlage.**

Dreimal haben sich 1998 Vertreter der Walliser Wirtschaft mit dem Chef des Departementes für Sozialwesen getroffen und ihre Zustimmung zum neuen Gesetz über die Familienzulagen gegeben. Das Gesetz sieht vor, die Kinderzulage von 210 auf 290 Franken zu erhöhen, die Zulage für berufliche Ausbildung von 294 auf 390 Franken und die Geburtszulage von 1365 auf 1800 Franken. Erstmals sollen die ArbeitnehmerInnen diese Verbesserung der Familienzulagen mit 0,5 Lohnprozenten mitfinanzieren. Die Arbeitgeber sollen sich mit zusätzlichen 0,5 Prozent beteiligen. Diesen Punkten haben im Herbst 1998 die Vertreter der Wirtschaft, darunter Thomas Gsponer, Direktor der Walliser Industrie- und Handelskammer und deren früheren Präsident Pierre Moren, zugestimmt.

Jetzt wollen sie davon nichts mehr wissen. In der Vernehmlassung vom letztem Herbst haben sie ihre ursprünglichen Bekenntnisse zum Familienschutz begraben. Das Departement für Sozialwesen hält in seiner Auswertung zur Vernehmlassung fest, dass die Antworten der Wirtschaftsverbände «nicht mit dem Konsens übereinstimmen, der in der ausserparlamentarischen Kommission zu herrschen schien.» Beim vorgeschlagenen Gesetz handelt es sich bereits um einen Kompromiss. Das Gesetz ist ein Gegenvorschlag der Regierung auf die Gesetzesinitiative der christlichen Gewerkschaften, welche die Kinderzulage auf 350 Franken erhöhen wollten, die Ausbildungszulage auf 450 Franken und die Geburtszulage auf 4000 Franken.

Wussten Sie, dass

- **ein Kind bis zum 20. Geburtstag 340 000 Franken kostet?**
- **dass diese Kosten auch mit der Erhöhung der Kinderzulagen nur zu 23 % gedeckt sind?**

Sozialabbauer als Subventionsjäger

Vor allem CSP-Grossrat Thomas Gsponer übt den Spagat. Die CSP stimmt der Gesetzesvorlage zu, Gsponer hingegen steht als Direktor der Walliser Industrie- und Handelskammer im Solde der unzähligen Branchenverbände. So erstaunt es nicht, dass er nun zusammen mit Moren zum Halali auf die höheren Kinderzulagen bläst. Gsponers Begründung: «Die Revision des Steuergesetzes bringt schon genug Entlastung für die Familien.» Dass diese Entlastung einmal mehr auf dem Buckel der kleineren und mittleren Einkommen durchgeboxt werden soll, verschweigt der Berufsvertreter der höheren Einkommen *(siehe Seite 3)*.

Doch damit nicht genug. Gsponer rüttelt am Prinzip der Familienzulagen überhaupt. «Kinderzulagen sollen nur jene erhalten, welche sie nötig haben.» Damit reitet Gsponer windschlüpfrig auf der neoliberalen Welle, welche den Sozialstaat auf einen schlanken Fürsorgestaat herunterbrechen will. Bekanntlich gehören die Sozialabbauer zu jenen, welche immer zu vorderst stehen, wenn es gilt, Subventionen beim Staat anzuzapfen. **Erstes Beispiel:** Gsponer organisierte im April eine Chinareise für Walliser Unternehmer. Der Staat subventionierte jeden der 15 Unternehmer mit 10 000 Franken *(siehe Kasten rechts)*. **Zweites Beispiel:** Arthur Kahl ist Gsponers Sekretär bei der Walliser Industrie- und Handelskammer. In dieser Funktion leitet er die Geschäfte der «Gesellschaft der Walliser Autobahnraststätten» und der «Informationsstelle Wallis», welche jährlich 750 000 Franken beziehungsweise 200 000 Franken an Kantonssubventionen einstecken.

Nur eine Kasse – Millionen sparen

Der geballte Widerstand gegen das Familienzulagegesetz ist eine von Gsponer und Moren organisierte Aktion. Demzufolge lehnen 64 von 84 antwortenden Organisationen die Vorlage ab, insbesondere die Erhöhung der Beiträge der Arbeitgeber. Im krassen Gegensatz dazu hat die Walliser Bevölkerung dem Familienschutzartikel in der Kantonsverfassung mit 74 Prozent zugestimmt. Bei den 64 Organisationen handelt es sich mehrheitlich um Wirtschaftsverbände, die es wie Sterne am Himmel gibt. Die Fürsprecher der Kinder und der Familien mit niederen und mittleren Einkommen sind bald gezählt.

Der Staatsrat darf sich von den zahlreichen Vordrängern der Wirtschaft nicht unter Druck setzen lassen. Vielmehr müssen die Arbeitgeber zu mehr Effizienz verpflichtet werden: Die fast 30 Familienzulagekassen im Wallis müssen zu einer einzigen Kasse zusammengeschlossen werden. Damit sind bereits Einsparung von mehreren Millionen möglich.

Wirtschaftsverbände lassen Kinder im Stich.

Kanton subventioniert Werbereise mit 150 000 Franken

Die gelbe Mission in China

Vom 9. bis zum 16. April flog eine Unternehmerdelegation aus dem Wallis nach China, um sich ein kleines Stück vom Markt der 1,4 Milliarden Chinesen abzuschneiden. Die Aktion «Le marché Chinois» wurde von den beiden Gelben Thomas Gsponer, Direktor der Walliser Industrie- und Handelskammer, und Werner Schnyder, Delegierter der Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung, ausgeheckt. Fünfzehn Walliser Unternehmer nahmen daran teil. Der Kanton Wallis subventionierte die Reise mit 150 000 Franken, das macht pro Unternehmer 10 000 Franken Subventionen aus der Staatskasse.

Die gelbe China-Reise führte bei verschiedenen Unternehmern zu Kopfschütteln. Man solle doch zuerst den schweizerischen und europäischen Markt bearbeiten, bevor man bis an die Chinesische Mauer vorstosse und dafür Steuergelder verprasse. Es mache beispielsweise keinen Sinn, den Chinesen Dinge zu verkaufen, welche der Kanton Wallis bei der öffentlichen Vergabe konsequent links liegen lasse.

Waterloo Leukerbad: Die harten PUK-Fakten und die politischen Täter

(eg) **– Am Gründonnerstag las man die Berichterstattungen in den Zeitungen über die PUK Leukerbad. Es lauste einen der Affe. Der Grundtenor im Zeitungwald war überall derselbe: das Wallis und seine Behörden sind weiss gewaschen. Ja hatte denn um Himmelswillen die gesamte Journaille den PUK Bericht erst gar nicht gelesen. Einzig die alte Tante «NZZ» bildete eine Ausnahme: «Auf ihrem Felde schreckt die PUK nicht vor harten Worten zurück, wenn sie schreibt, dass sich der Staatsrat in politischer Hinsicht einer verwerflichen Passivität schuldig gemacht habe», war in der «NZZ» zu lesen.**

Der italienische Ministerpräsident Massimo D'Alema ist mit sofortiger Wirkung von seinem Posten zurückgetreten. Seine Partei hatte irgendwelche Regionalwahlen gegen den rechtsgerichteten Berlusconi verloren. Der deutsche Alt Kanzler Helmut Kohl hat mit Spendengeldern für seine Partei geschummelt. Seither traut er sich nicht mehr in den Bundestag und feiert seine Geburtstage in trauter Einsamkeit an unbekannten Orten.

In der Schweiz und im Wallis herrscht die Politkultur der unbekümmerten Leichtigkeit. Wer nicht gerade das Regierungsgebäude und mit ihm den eigenen Regierungssitz in die Luft sprengt, hat nichts zu befürchten. Das neuste Beispiel ist der PUK Bericht zu Leukerbad. Trotz den harten Fakten und der dicken Post ziehen sich die politisch Hauptverantwortlichen mit einem ansatzweisen *Mea culpa* säuselnd aus der Affäre und ziehen ohne die geringste und leiseste Konsequenz freundlich lächelnd durch die Lande. Erstaunlich, diese Nachsicht, selbst in postösterlichen Zeiten.

Die schwarz-gelbe Viererbande

Fakten zu den schwarzen und gelben Tätern

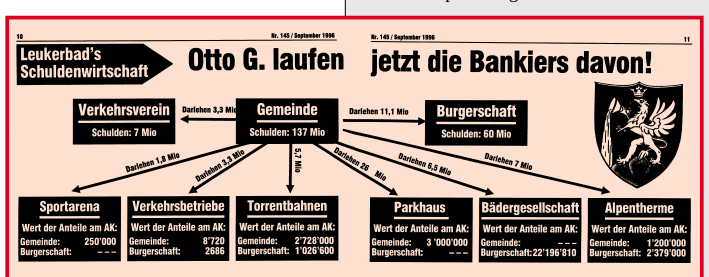
(Auszüge aus dem PUK-Bericht)

Otto G. Loretan Er schuf in Leukerbad eine Goldgräberstimmung wie sie vor hundert Jahren an den Ufern des Mexico Rivers herrschte. Er war ein meisterhafter Blender und untermauerte seine Macht mit Arbeitsvergaben in mehrstelliger Millionenhöhe an das örtliche Handwerks- und Dienstleistungsgewerbe. Das Geld floss in Strömen, alle hatten Arbeit und praktisch alle glaubten, dass der «Otti», immerhin Jurist und Nationalrat, es schon richten werde. Sein treuer und ergebener Diener war Gemeindeschreiber Hansruedi Grichting. In Leukerbad war bekannt, dass er seine Arbeit als Kanzleichef bei der Verwaltung nicht mit der nötigen Kompetenz ausführte. Er ging verschiedenen Ungereimtheiten nicht immer nach. Der Meister und sein Knecht bezogen für ihre Schuldenwirschaft fürstliche Gehälter. Otto G. brachte es jährlich auf 320 000 Franken, sein ihm treu ergebener Diener brachte es monatlich auf 10 298.50 Franken plus 500 Franken pauschale Spesenentschädigung.

Richard Gertschen Der Alt Staatsrat der CVPO Richard Gertschen war während seiner Amtszeit ein sehr stiller und ruhiger. Er stand in der fraglichen Zeit dem Justiz- und Polizeidepartement vor. Die PUK Verfasser gehen einleitend mit dem pensionierten Staatsrat noch gnädig um: Mit ein bisschen mehr Neugier hätte man überprüfen können, ob die gesetzlichen Verpflichtungen eingehalten wurden. Und schon seit September 1986 gab es Anzeichen, die den Staatsrat hätten hellhörig machen können oder müssen. In den Schlussfolgerungen kommt es dann für Gertschen knüppeldick: der Staatsrat habe sich in politischer Hinsicht schuldig gemacht. Einerseits durch die Nachlässigkeit seiner Aufsichtsrolle, andererseits durch die mangelnde Aufmerksamkeit, als schon vor langer Zeit die Anzeichen den Beginn des Debakels erkennen liessen. Die entsprechenden Berichte verstaubten in den Schubladen des Departementvorstehers.

Willy Schnyder Dem gelben Staatsrat muss man neidlos zugestehen, er versteht sich auf Krisenbewältigtung. Statt lauthals über die Resultate des PUK Berichtes zu lamentieren zeigte sich Schnyer verständnisvoll. Er bedankte sich vorerst bei der PUK-Kommission für ihre grosse und minutiöse Arbeit. Und dann gab er unumwunden kleine Fehler in seinem Departement zu. Und kann dann zu guter Letzt dem PUK Bericht durchaus Positives für die künftige Regierungstätigkeit abgewinnen. Das ist Krisenmanagement by Willy, denn so redet niemand über die effektiven und gravierenden Fehlleistungen die auf seine Kappe gehen. Schon im September 1986 war vorauszusehen, dass Leukerbad mit Otto G's Schuldenwirtschaft in ein finanzielles Schlammassel rennt. Und die PUK listet fein säuberlich auf zu welchem Zeitpunkt welche Finanzdossiers in den folgenden Jahren beim Staat hinterlegt wurden, ohne dass in Sitten jemand auch nur im Geringsten hellhörig, geschweige denn aktiv geworden wäre. Slalomkünstler Schnyder erwischte einmal mehr die Kurven.

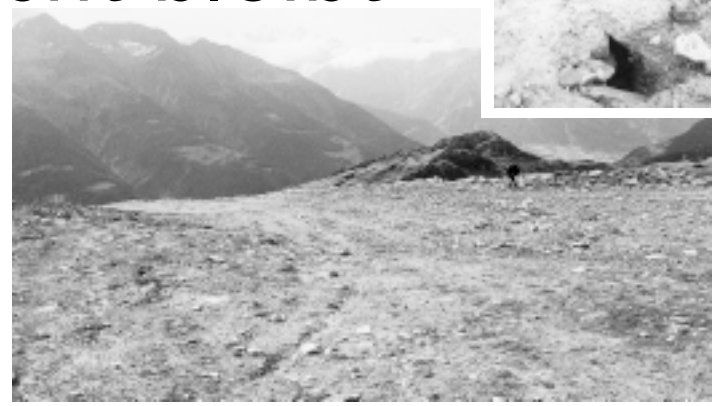
Herbert Dirren Der Zweite im gelben Bunde verfügt über keine geringeren akrobatischen Slalomkünste wie sein Parteikollege in Sitten: Alt Nationalrat Herbert Dirren ist Generalagent der Mobiliar Versicherungen. In den besten Zeiten zahlte Leukerbad 158 273.05 Franken Prämien an seine Versicherung. Gleichzeitig sass Dirren als Vertreter des Kanton Wallis im Verwaltungsrat der AG für Verkehrsbetriebe. Als solcher schien ihm die katastrophale Lage der Gemeinde Leukerbad klar. Die Mobiliar wies denn auch prompt im Jahre 1994 ein weiteres Kreditbegehren der Gemeinde ab. Ein Schreiben von Otto G. und seinem treuen Diener Grichting half dem Agenten Dirren jedoch schnell auf die Sprünge. Dirren und seine Versicherung kamen auf den Entscheid zurück und sie gewährten ein neues Darlehen von 4 Mio Franken da man ansonsten befürchtete, neue Versicherungsverträge könnten in die Binsen gehen. Und um den unglaublichen Filz zur Perfektion zu bringen: Gemeindeschreiber Grichting war zusätzlich als Versicherungsvertreter der Schweizerischen Mobiliar tätig.



Die «Rote Anneliese» deckte im September 1996 den Skandal in Leukerbad auf. Der Staatsrat reagierte ganze zwei Jahre später.

Brutale Pistenplanierung auf der Laxer Alpe

Nachträglicher Umweltbericht bleibt verschollen



Blick von der Laxer Alpe Richtung Bettmeralp: Die Bagger der LFE hinterliessen auf der Laxer Alpe eine Wüste. Die Bodenlöcher sind eine stetige Gefahr für die Kühe.

(ktm) **– Nachdem im letzten Herbst publik wurde, dass die Luftseilbahnen Fiesch-Eggishorn ohne Baubewilligung über 20 000 Quadratmeter herrlichste Wiesen auf der Laxer Alpe unter die Baggerschaufel genommen haben, ordnete die zuständige Kantonale Baukommission ein Nachvollzugsverfahren an. Das Baugesuch liegt seit letztem Herbst bei der Gemeinde Fiesch. Der Umweltverträglichkeitsbericht bleibt verschollen.**

Auf die telefonische Anfrage ist der Chefjurist der Kantonalen Baukommission (KBK) Josef Zimmermann kurz gebunden: «Wir haben von den Luftseilbahnen einen UVB verlangt. Das Dossier liegt zur Zeit bei der Gemeinde Fiesch. Informieren Sie Sich dort. Mehr sage ich nicht. Adieu!» Etwas ausführlicher ist Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet in einem Brief vom März, worin er festhält, dass die Baukommission die Luftseilbahnen aufgefordert habe, «im Rahmen eines Nachvollzugsverfahrens unverzüglich bei der Gemeinde ein ordentliches Baugesuch mit Plänen und UVP-Bericht einzureichen. Dieses Verfahren ist zur Zeit noch im Gange, wobei die KBK die Baugesuchsakten noch nicht erhalten hat».

Kein Wunder, denn die Gemeinde Fiesch hat die Baugesuchsakten noch gar nicht nach Sitten geschickt. Laut Auskunft des Fiescher Gemeindepräsidenten und CSP-Grossrates Fredy Huber liegt der Fehler aber nicht bei der Gemeinde. Huber bestätigt zwar, dass die Luftseilbahnen Fiesch-Eggishorn (LFE) im Herbst ein nachträgliches Baugesuch bei der Gemeinde Fiesch eingereicht haben. «Bei den Gesuchsunterlagen aber fehlte der Umweltverträglichkeitsbericht (UVB). Deshalb hat der Gemeinderat von Fiesch das Baugesuch noch nicht behandelt und folglich noch nicht nach Sitten geschickt.»

Des Rätsels Lösung heisst Aufdereggen

Wo ist also der Umweltbericht geblieben? Des Rätsels Lösung hat, wie oft in solchen Fällen, einen Namen: Raumplaner Jules Aufdereggen! Als Raumplaner der Gemeinden Fiesch und Lax und als «Umweltberater» der Luftseilbahnen hatte er freilich den Auftrag für die Erarbeitung eines nachträglichen UVB auf sicher. Umso mehr Aufdereggen zusammen mit Zimmermann auch in der KBK sitzt, und über das Baugesuch und also auch über seinen eigenen Bericht entscheidet.

Wie Staatsrat Rey-Bellet im erwähnten Brief forderte, hätte das Baugesuch zusammen mit dem UVB bei der Gemeinde eingereicht werden sollen. Doch Aufdereggen hat den UVB nicht zu den Baugesuchsakten an die Gemeinde gelegt. Er hielt es offenbar für zweckmässiger, den UVB direkt an den Kanton zur Vorprüfung zu schicken. Das heisst an die KBK, wo er ebenfalls zu den Prüfern gehört. Seit einem halben Jahr wird nun der Bericht beim Kanton geprüft und wohl auch zurechtgebogen. Dann wird ihn die Gemeinde erhalten, und kann ihn zusammen mit dem Baugesuch wiederum nach Sitten schicken. Der Entscheid der KBK ist dann nur noch eine Formsache.

Erfahrungsgemäss werden die illegalen Bauten von der KBK im nachhinein legalisiert. Die Täter werden mit einer Busse von einigen hundert Franken davon kommen und ein paar Kräutersamen auf die offenen Stellen ausstreuen. Pikantes Detail: Zwischen der Burgergemeinde Lax und den Luftseilbahnen Fiesch-Eggishorn besteht seit rund zwei Jahren ein Nutzungsvertrag, der gelinde gesagt ein Blanko-Check für die LFE ist. Chefjurist Josef Zimmermann hat diesen Vertrag abgesegnet und die Bedenken der Laxer Opposition in den Wind geschlagen. Die illegalen Pistenplanierungen sind das Resultat.

Rüde Methoden der Fiescher Seilbahn-Connection

Landwirt verliert Nebenjob – seine Kinder leiden in der Schule

Der Laxer Landwirt Christian Bodenmann hatte es gewagt, als zuständiger Alpvogt der Laxer Alpe die brutalen Pistenplanierungen zu kritisieren. Jetzt muss er dafür büssen. Im letzten Winter hat er seinen Nebenjob als Skilehrer auf der Fiescheralpe verloren. Leiter der Skischule ist nämlich der Schwiegersohn von Martin Wellig, dem Präsident der Luftseilbahnen Fiesch-Eggishorn. Die mächtige Seilbahn-Connection spielt auf diese Weise systematisch ihre Macht aus: Wer nicht schweigsam marschiert und parriert, dem wird der Brotkorb höher gehängt. Die Fiescher und Laxer Seilbahn-Connection ist massgeblich dafür verantwortlich, dass der Dorffrieden besonders in Lax seit Jahren vergiftet ist.

« Notfalls nehme ich die Kinder von der Schule! »

In einem solchen gehässigen Klima leiden vor allem die Kinder. Die Familie von Christian Bodenmann weiss, wovon sie redet. Vor allem ihre zwei Kinder, welche die vierte bis sechste Klasse besuchen, werden von den anderen Kindern dauernd belästigt und drangsaliert. Bodenmann macht die Eltern der Kinder dafür verantwortlich, welche bei den Luftseilbahnen arbeiten und das LFE-Credo weiterverbreiten. Der betroffene Lehrer sei zwar sehr gut, mit den halb verwilderten Kindern sei er jedoch überfordert. Bodenmann will sich vorerst an die Laxer Schulkommission wenden und dann ans Erziehungsdepartement gehen. Notfalls ist er gewillt, seine Kinder von der Schule zu nehmen. **«Ich will nicht, dass sie Schaden nehmen.»**

Nationalstrasse A9 zwischen Visp und Raron

Logische Linienführung liegt im Süden

(aw) **– Vor zwei Jahren zeigte sich der Walliser Staatsrat in der Nationalstrassenfrage beweglich. Mit den Umweltorganisationen konnte mit einer Vereinbarung ein Schlussstrich unter den langwierigen Autobahnkrieg gezogen werden. Und im Raum Visp gelang mit der Südvariante endlich der Durchbruch. Doch inzwischen mauert die Walliser Regierung wie ehedem, diesmal gegen die berechtigten Anliegen von Baltschieder und St. German.**

Als anfangs der achtziger Jahre die Oberwalliser Gruppe Umwelt und Verkehr (OGUV) im Rahmen der Überprüfung der N9 durch Professor Bovy erstmals eine Südvariante für die Nationalstrasse im Raum Visp vorschlug, sperrte sich der damalige Visper Gemeindepräsident Peter Bloetzer mit all seinem Gewicht dagegen. Auch Staatsrat Bernard Bornet verrannte sich in der Folge in immer neue Varianten im Norden.

Dank der Hartnäckigkeit von Paul Schmidhalter, der auf eigene Kosten ein umfangreiches Plandossier zusammenstellte, blieb der Süden im Gespräch. Mit dem politischen Frühling bei den Staatsratswahlen 1997 kam endlich Bewegung in die Sache. Die Walliser Regierung in ihrer neuen Zusammensetzung sprach sich für die Überprüfung der Linienführung im Süden aus und verhalf so einer tragfähigen Lösung im Raum Visp zum Durchbruch.

Einsprachen aus Baltschieder

Einzig dem Anschluss «Visp West» nördlich der ARA erwuchs bei der Planauflage Ende 1999 heftige Opposition. Die Gemeinde Baltschieder und über 90 Privatpersonen wandten sich in Einsprachen gegen die geplante Führung der A9 auf einem Viadukt in 10 Metern Höhe. Sie befürchten Lärmimmissionen und eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Die Umweltorganisationen Pro Natura, VCS und WWF teilten diese Bedenken und verlangten eine Korrektur der Linienführung ab dem Portal des Westtunnels beim Schwarzen Graben.

Tatsächlich genügt ein kurzer Blick auf die Karte, um über die offiziellen Autobahnpläne zwischen Visp und Raron den Kopf zu schütteln. Da soll ab dem Tunnelportal die A9 parallel zum Schwarzen Graben quer durchs Tal geführt werden, um zwischen ARA und Rotten endlich die Kurve nach Westen zu kriegen.

Der unmögliche Schlenker in der Landschaft liegt darin begründet, dass der Walliser Staatsrat zwar im Raum Visp die Südvariante wählte, weiter westlich jedoch die Linienführung nicht korrigierte. Dabei drängt sich die bestehende, schnurgerade Kantonsstrasse zwischen Visp und Raron geradezu als logische Fortsetzung für die Nationalstrasse auf, im Raum Turtig in einem unterirdischen Kasten.

Petition aus St. German / Raron

Die Linienführung der A9 auf dem Trassee der heutigen Kantonsstrasse wäre nicht nur die Wunschvariante der Umweltorganisationen, sondern entspräche auch dem Wunsch der Gemeinden Baltschieder und Raron nach einer südlichen Linienführung, um möglichst viel Wohngebiet zu verschonen. Vorab dem Dörfchen St. German, das politisch zur Gemeinde Raron gehört, fährt das offizielle A9-Projekt unmittelbar unter der Nase durch und brächte den BewohnerInnnen Lärm und Gestank. Was Wunder, dass fast die gesamte Dorfbevölkerung Ende Februar mit einer Petition an den Rarner Gemeinderrat gelangte, sich für eine Verschiebung der A9 nach Süden einzusetzen.

Korrektur möglich

Inzwischen hat Vizedirektor Egger vom Bundesamtes für Strassenbau signalisiert, das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr und Kommunikation (UVEK) könnte die Südumfahrung von Visp nur bis zum Tunnelportal beim Grossen Graben bewilligen und damit den umstrittenen Westanschluss auf der Höhe von Baltschieder ausklammern. Damit wäre der Weg für eine Überprüfung der Linienführung der A9 Richtung Raron offen. Doch Staatsat Rey-Bellet schaltet wie sein Vorgänger Bornet auf stur und riskiert damit eine Verzögerung der Südumfahrung im Raum Visp.

Die letzten 25 Jahre Autobahnstreit im Oberwallis haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass nur der vom Fleck kommt, der die berechtigten Anliegen der Bevölkerung ernst nimmt.

Raron: zickzack

In Raron hat sich die Urversammlung mehrmals klar gegen die Bahnhofvariante der A9 ausgesprochen und eine Verschiebung nach Süden verlangt. Gemeindepräsident Beat Imboden indessen zeigt sich kleinmütig. Er glaubt nicht (mehr) an den Süden und versucht die Bahnhofvariante zu optimieren, sprich mit einem günstigen Bodenabtausch zu verbinden.

Baltschieder: geradlinig

Die Gemeinde Baltschieder und über neunzig Privatpersonen wehren sich gegen die Autobahnpläne, die vis-à-vis des Dorfes ein Viadukt auf zehn Meter Höhe vorsehen. Eine Verschiebung des Westanschlusses und damit der Linienführung nach Süden hinter die ARA käme der Bevölkerung sehr gelegen und liesse sich besser in die Landschaft einpassen.

Die bestehende, schnurgerade Kantonsstrasse zwischen Visp und Raron bietet sich geradezu als logische Fortsetzung für die Nationalstrasse auf.

Der zurücktretende GBI-Präsident Leander Stoffel:

«Wir müssen die Bereitschaft zum Streik wiederfinden!»

(eg) **– Leander Stoffel ist Chemikant in der Lonza und seit Jahren aktiver Gewerkschafter. Jetzt ist Stoffel als Präsident der GBI Oberwallis zurückgetreten. Die «Rote Anneliese» stellte dem SP Grossrats-Suppleanten einige Fragen zur aktuellen Gewerkschaftsarbeit.**

Rote Anneliese: Viele ArbeitnehmerInnen mussten in den letzten Jahren Reallohnverluste hinnehmen. Den Gewerkschaften laufen ihre Mitglieder davon. Jetzt bist Du als Sektionspräsident der GBI Oberwallis zurückgetreten. Frustriert?

Leander Stoffel: Nein, ganz und gar nicht. Nach 12 Jahren aktiver Gewerkschaftsarbeit trete ich zwar als Sektionspräsident zurück, werde aber als Grossrats-Suppleant weiterhin die gewerkschaftlichen und politischen Interessen der ArbeitnehmerInnen wahrnehmen und vertreten.

«Auf der gewerkschaftlichen Ebene müssen wir die Bereitschaft zum Streik wiederfinden, um unsere Errungenschaften zu verteidigen oder um Forderungen durchzusetzen.»

Die letzten Jahre waren für die Gewerkschaftsverantwortlichen zugegeben nicht einfach, es hat sich aber auch gezeigt, dass sich die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft nach wie vor auszahlt.

Wo man sich als Gemeinschaft wehrt und seine berechtigen Anliegen mit Hilfe der professionellen Arbeit der Gewerkschaften vorbringt, erreicht die Arbeitnehmerschaft bedeutend mehr, als da, wo sich nur wenige oder niemand um etwas kümmert.

Ein Ende der Politik mit steigenden Gewinnen bei sinkenden Löhne ist nicht absehbar. Welche Antworten haben die Gewerkschaften auf die Umverteilung der Einkommen von unten nach oben?

Mit der Einreichung der Initiative zur Einführung einer Kapitalgewinnsteuer haben wir einen Pfeiler auf der politischen Ebene gesetzt. Auf der gewerkschaftlichen Ebene müssen wir die Bereitschaft zum Streik wiederfinden, um unsere Errungenschaften zu verteidigen oder um Forderungen durchzusetzen.

Im Oberwallis wird in den kommenden Jahren die Bauwirtschaft mit der NEAT und der Autobahn boomen. Das müsste sich doch eigentlich auch auf die Löhne der Bauarbeiter auswirken.

Da es im Baugewerbe einen schweizerischen Landesmantelvertrag gibt und die Löhne gesamtschweizerisch verhandelt werden, wird sich im bezug auf die Löhne wegen des Booms nicht allzuviel ändern. Wir erwarten aber Verbesserungen bei den Anstellungsbedingungen wie zum Beispiel: mehr Jahresstellen, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten usw.

Die Lonza schrieb im letzten Jahr wieder einen neuen Rekord-Betriebsgewinn. Seit anfangs Jahr besteht zwischen der Lonza und der GBI wegen den mageren Ergebnissen bei den Lohnverhandlungen Nichteinigung. Wie soll das jetzt weiter gehen?

Die GBI Mitglieder haben das Angebot der Lonza abgelehnt. Diese Ablehnung hatte sicherlich zwei Hauptursachen: Erstens waren die Mitglieder mit der Einführung eines Bonussystems nicht einverstanden und zweitens sind sie der Meinung, dass vom Gewinn der Firma nicht ausschliesslich die Aktionäre profitieren sollten.

«Die LONZA-Löhne im KAV gehören im Chemiebranchenvergleich nicht zu den besten und haben z.B. bezüglich Schichtzulagen noch grossen Aufholbedarf.»

Vielfach ist von Lohnabhängigen aus Branchen ausserhalb der Lonza zu hören, dass die Lonza im Vergleich schon jetzt recht hohe Löhne zahle und die Forderungen der Gewerkschaften nach noch höheren Löhnen unangebracht seien. Sind die Lohnforderungen der GBI-Betriebsgruppe Lonza unanständig?

Nein, ganz im Gegenteil, die Forderungen waren in den vergangenen Jahren im Gegensatz zu dem Gewinn eher bescheiden. Die LONZA-Löhne im KAV gehören im Chemiebranchenvergleich nicht zu den besten und haben z.B. bezüglich Schichtzulagen noch grossen Aufholbedarf.

Anlässlich der GBI-Versammlung hast du in deiner Rücktrittsrede den christlichen Gewerkschaften und vorab der syna Slalompolitik vorgeworfen. Die Reaktionen kamen teilweise recht geharnischt daher. Bleibst du bei deinem Vorwurf.

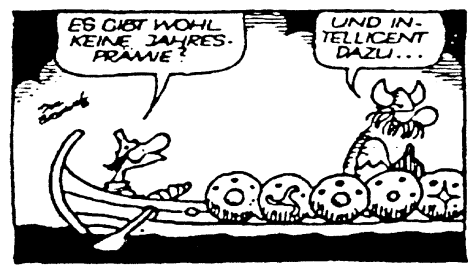
Natürlich, denn wie recht ich hatte, haben die Reaktionen gezeigt. Diese Kritik war aber nur ein kleiner Teil meiner Rede, ich habe aber auch zu anderen noch wichtigeren und brisanteren Themen Stellung genommen, nur war das für die Presse sicherlich weniger interessant.

Welches müssen deiner Ansicht die Hauptforderungen der Gewerkschaften gerade im Oberwallis sein.

Die GBI-GV hat fürs Jahr 2000 ein Aktionsprogramm verabschiedet, dass 4 Punkte beinhaltet *(siehe nebenstehenden Kasten)*.

1. **Keine Löhne unter 3000 Franken mehr.**
2. **Höhere Lohne auf dem Bau und in der Lonza.**
3. **Griffige Massnahmen gegen bilaterales Lohn- und Sozialdumping.**
4. **Zahlbare Krankenkassenprämien und gerechtere Kinderzulagen.**

Mit diesem Aktionsprogramm hat sich die GBI Sektion Oberwallis einiges vorgenommen und die Ziele können nur mit einer grossen Unterstützung der Mitglieder erreicht werden.



Die Rechtsradikalen und Skinheads:

Oberwallis wir kommen!

Die unheimlichen Patrioten haben vor den Walliser Alpen nicht halt gemacht und sind mitten unter uns. Wer sich im Briger Nachtleben bewegt, kann die Skinheadszene Oberwallis nicht übersehen. Doch die Medien bleiben stumm und haben nichts gesehen und nichts gehört.

Glatzköpfig, mit Bomberjacken und Springerstiefeln bekleidet, streifen die sonst im Alltagsleben eher unscheinbaren Gestalten am Wochenende durchs Briger Zentrum. Beliebter Treffpunkt ist das Restaurant Brigerhof, wo sich oft bis zu zwanzig Skinheads zusammenfinden und sich mit Bier vollaufen lassen, um anschliessend die Briger Strassen unsicher zu machen. In verschiedenen Lokalen sind Hitlergruss und T-Shirts zu sehen, mit den Aufschriften wie «White Power» oder «SS – Sie waren die besten Soldaten». Aufgedruckt in gotischer Schrift, wie sie die Nazis besonders mochten. Wer die Skinheadszene im Oberwallis genauer unter die Lupe nimmt, wird bald einmal feststellen, dass die Skinheads im Oberwallis nur die Spitze des Eisbergs sind. Die rechtsradikale Szene im Wallis flicht ihre Seilschaften im Stillen und unbemerkt.

Ein Gruss greift um sich.

Skinheads als Schläger bekannt

Aufmerksam auf die rechte Szene im Oberwallis wurde die Öffentlichkeit erstmals, als im letzten Sommer die rechten Schläger wegen Körperverletzung angezeigt wurden. Hausdurchsuchungen von der Kantonspolizei waren die Folge und CD's, Bücher und Posters mit eindeutig rechtsradikalen Inhalten wurden gefunden. Der Richter konnte im Material dennoch keinen Verstoss gegen das Antirassismusgesetz feststellen. Auch wussten die Betroffenen schon vor den Hausdurchsuchungen, wo sie ihr nazistisches Material verstekken konnten. Hinzu kommt, dass Rechtsradikale oft mit versteckten Symbolen ihre Gesinnung zur Schau stellen. Zum Beispiel werden die englischen Sweatshirts der Marke Lonsdale von Rechtsradikalen getragen, weil die mittlere Buchstabenkombination genau die Folge nsda ergeben (in Anspielung auf Hitlers NSDAP).

Opfer werden eingeschüchtert

Dem oben erwähnten Fall von Körperverletzung war aber eine lange Serie von Tätlichkeiten gegen Jugendliche vorausgegangen. Der Redaktion sind mindestens zwei weitere Fälle bekannt, welche aus Angst vor Vergeltung der Skinheads nicht verzeigt wurden. Die Opfer wurden derart eingeschüchtert, dass Vorfälle, die meist im Briger Spital endeten, der Polizei erst gar nicht gemeldet wurden.

Die Gliser Jungwacht

Scheinbar lernte sich das rechte Milieu aus dem Raum Brig in der Gliser Jungwacht kennen, die wegen ihrer braunen Gefolgschaft in letzter Zeit in Verruf geraten ist. Eltern erzählten, sie hätten ihre 15-jährigen Kinder in die Jungwacht geschickt, damit sie nicht die ganze Zeit zu Hause herumsitzen. Die Kinder seien aber nach zwei, drei Wochen nicht mehr hingegangen mit der Begründung die Gliser Jungwacht sei ihnen zu rechts. Einzelne Exponenten scharten vor einigen Jahren als Leiter in der Jungwacht eine Gruppe von Jugendlichen um sich. Unter ihrem Einfluss wandelten sich die Jugendlichen zu rechtsradikalen Schlägern.

Neonazis im Untergrund

Nachfragen der RA im Raum Brig zeigten ganz klar, dass die eigentliche rechtsradikale Szene sich im Untergrund trifft. Anfragen bei der Kantonspolizei haben dies bestätigt. Im Gegensatz zu den Briger Schlägern trifft sich die Neonaziszene im Wallis privat, von der Öffentlichkeit ausgeschlossen. Mit Fahnen, Wimpeln, alten Naziliedern, mit allem was dazu gehört. Dazu die Polizei: «Solange keine Anzeigen vorliegen und keine Gesetze gebrochen werden, können wir nicht einschreiten». Es ist auch bekannt, dass die Neonazis aus dem Wallis rege Kontakte zu anderen rechtsradikalen Gruppierungen in der West- und Deutschweiz pflegen. Gemeinsame Konzerte von einschlägigen Bands zu besuchen, erfreut sich offenbar grosser Beliebtheit.

Holocaust-Leugner Jürgen Graf in Sitten

Die Tatsache, dass alt Holocaust-Leugner Jürgen Graf, der von der Justiz wegen seinen rassistischen Äusserungen und Schriften zu 15 Monaten unbedingt verurteilt wurde, anfangs April in Sitten einen Vortrag hielt, unterstreicht die erschreckende Realität. Nicht nur die Walliser Kantonspolizei ist auf die Walliser Nazis aufmerksam geworden, offenbar beobachtet auch die Bundesanwaltschaft die rechten Seilschaften im Wallis. Betreffende Nachfragen wurden bestätigt.

JUSO Oberwallis

Staatsrat Jean-René Fournier:

Tief erschüttert und betroffen

(eg) – Staatsrat Jean-René Fournier gehört zum rechtesten Flügel der CVP. Er stand und steht auf Ecône.

Fournier ist Vorsteher des Departementes für Sicherheit des Kantons Wallis und der Kantonspolizei. Die rechtsradikale Szene konnte sich in den letzten Monaten im Oberwallis mehr oder weniger ungehindert ausbreiten *(siehe Haupttext)*. Die kleinen Gemeindepolizisten stehen den brutalen Gewalttätigkeiten der Skinheads machtlos gegenüber. Die Rechtsradikalen wirken im Hintergrund, versteckt und anonym. Entweder weiss Staatsrat Fournier nichts von der rechten Schlägerszene oder er schaut zu.

Anders bei den Fasnachtsschlägereien einiger Jugendlicher in Brig. Fournier teilte den Opfern seine tiefe Betroffenheit mit und zeigte sich in seinem Innersten erschüttert. Staatsrat Fournier legte in der Folge eine für ihn ungewöhnliche Aktivität an den Tag. Er beauftragte die Kriminalpolizei, die Ereignisse während der Fasnachtszeit auf dem Platze Brig noch einmal minutiös durchzuarbeiten, damit auch denjenigen, die bedroht wurden, zu ihrem Recht verholfen werde. Zudem soll die Kantonspolizei zusammen mit den Gemeinden ereignisangepasste Konzepte erarbeiten, um schon im Vorfeld von Veranstaltungen geeignete Massnahmen zu treffen.

Der «Walliser Bote» berichtete über die Fasnachtsschlägereien in Brig. Die «Rote Anneliese» berichtet diesmal über die rechtsradikale Szene im Oberwallis. Jetzt ist man gespannt, ob Fournier mit derselben Entschlossenheit gegen die rechtsradikalen Schlägertrupps vorgeht wie beim Fall einiger übermütiger Fasnächtler, bei denen aufgrund amouröser Nebenbuhlenkämpfen die Sicherungen durchknallten.

«Tirana einfach» statt «Ausländer raus»

Während der diesjährigen Fastnacht kam es in Brig-Glis (wieder einmal) zu einer Schlägerei. An sich nichts Besonderes, jedes Jahr fliesst der Alkohol in Strömen und gewalttätige Auseinandersetzungen gehören schon fast dazu.

Doch diesmal berichtete der WB ausführlich und bauschte das Thema unnötig auf. Dass eines der Opfer aktives Mitglied der JCVP ist, erklärt nur zum Teil das grosse Medieninteresse (Schlägereien seitens der Rechtsradikalen werden im WB nicht behandelt). Laut «Walliser Bote» handelte es sich bei den Schlägertypen um jugendliche Ausländer, die Jagd auf unbescholtene Bürger machen. Ausländer eignen sich nun prima als Sündenböcke. Und Forderung «Tirana einfach» soll das Problem lösen. Prompt doppelten die bürgerlichen Parteien auf die WB-Berichterstattung in mehreren Leserbriefen nach und verlangten härtere Repressionen.

Diese Forderungen entpuppen sich als Stimmungsmache, das Strafmass ist Sache der Polizei und nicht der Politik.

Das Departement Metzler beschloss das Arbeitsverbot für Asylsuchende womit die jugendlichen Ausländer zu Arbeitslosigkeit und Langeweile gezwungen werden. Folge davon ist zwangsläufig eine höhere Kriminalität.

Nun hat der WB nicht die volle Wahrheit geschrieben, er verschwieg so einiges. Erstens handelte es sich bei den randalierenden Jugendlichen nicht ausschliesslich um Ausländer. Und zweitens ging es bei der fasnächtlichen Schlägerei schlicht und ergreifend um eine Liebesaffäre, die betroffenen Personen wurden nicht willkürlich ausgewählt.

Statt einigen Typen, bei denen der Hormonaushalt durcheinander geraten ist, eine ganze Seite zu widmen, stünde es einer Lokalzeitung gut an, die weit um sich greifende Problematik der rechtsradikalen Oberwalliser Szene zu thematisieren. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen dem Nazi-Rassismus, der die Menschen in Arier und Untermenschen einteilt und dem alltäglichen Wohlstandsrassismus. Letzterer nährt sich aus Angst gegenüber Fremden, die es nur auf unseren Reichtum abgesehen haben. Genau dieser Rassismus wird von den bürgerlichen Politikern betrieben. Die Forderung «Tirana einfach» unterscheidet sich kaum von «Ausländer raus», obwohl sie jetzt salonfähig geworden ist.

Schnüffelstaat Wallis

78 Organisationen und 222 Personen werden überwacht!

(eg) **– Im Wallis wird geschnüffelt wie zu den besten Zeiten des Kalten Krieges. Insgesamt sind 78 Organisationen fichiert, 222 Personen sind direkt betroffen. Wer überwacht wird, bleibt das Geheimnis der Staatsschnüffler.**

Über zehn Jahre sind es her seit dem Rücktritt der Bundesrätin und Gattin von Hans W. Kopp und dem darauf folgenden auffliegenden Fichenskandal. Wer damals meinte, damit sei der Schnüffelstaat Schweiz am Boden, sieht sich heute eines besseren belehrt. Es wird eifrig weiter geschnüffelt und überwacht, als ob der Kalte Krieg immer noch zu retten sei. Das Wallis gehört dabei zu den Kantonen, die am meisten ihre Nase in die Angelegenheiten anderer Leute stecken.

SP Grossrat Edgar Salzmann wollte vom zuständigen Staatsrat Fournier direkt wissen wie der Staatsschutz im Wallis funktioniere. Er stellte Staatsrat Fournier insgesamt 11 konkrete Fragen. Die Antworten des Verantwortlichen für den kantonalen Staatsschutz fielen gar mager aus. Immerhin bekannte Fournier, dass die Bundespolizei und die Kantonspolizei seit Juni 1994 insgesamt 368 Berichte ausgetauscht hätten. In diesen Aufzeichnungen seien 222 Personen aufgeführt und 78 Organisationen betroffen.

Für Catherine Weber, Geschäftsleiterin der Stiftung Archiv Schnüffelstaat Schweiz, steht die Walliser Schnüfflerei in keinem Verhältnis zu den anderen Kantonen: «78 fichierte Organisationen mit durchschnittlich 61 Berichten pro Jahr im Wallis ist recht hoch und alles andere als bescheiden». Scheinbar unmöglich ist es zu erfahren, welche Organisationen denn überwacht werden. Die kantonale Datenschutzkommission ist dafür jedenfalls nicht in der Lage.

Staatsrat Fournier lässt die Katze nicht aus dem Sack. Von überwachten politischen Organisationen will er jedenfalls nichts wissen. Wer's glaubt, wird selig. Denn das alles hatten wir doch schon einmal.

Revision Landschaftsrappen:

Ein Etikettenschwindel auf dem Buckel armer Berggemeinden

(eg) **– Der Bundesrat will mit einer Revision der entsprechenden Verordnung in den nächsten Jahren 22 Millionen Franken beim Landschaftsrappen sparen. Doch dies ist Etikettenschwindel. Die Beiträge kommen nicht vom Bund, sondern von den Wasserzins-Gemeinden.**

Wenn es um den «Landschaftsrappen» geht, versteht der Bündner Umweltlobbyst und Geschäftsführer der Greinastiftung, Gallus Cadonau, keinen Spass: «Der Bund versucht ohne Not Bundesrecht umzubiegen,» ärgert sich Cadonau. Der rührige Bündner steigt deshalb gemeinsam mit 40 Parlamentariern gegen diesen Kahlschlag auf die Barrikaden.

Entschädigung für Verzicht auf Wasserkraft

Mit dem «Landschaftsrappen» wird die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraft umschrieben. Alle Gemeinden welche zugunsten der Landschaft auf den Bau von Wasserkraftwerken verzichten können dafür eine Entschädigung einfordern. Bei der Bemessung dieser Zuschüsse werden eine Reihe von Kriterien berücksichtigt. Diese will nun der Bundesrat mit einer Revision der entsprechenden Verordnung abändern. Die Überlegung: Weil die Strompreise sinken, soll auch der Landschaftsrappen schrumpfen.

Administrativer Leerlauf

Hochoffiziell will der Bund nach eigenen Angaben mit dieser Revision 22 Millionen Franken an Ausgleichszahlungen sparen. Tatsächlich sind solche Argumente ein lupenreiner Etikettenschwindel und die Übung ein administrativer Leerlauf auf dem Buckel der Berggemeinden. Diese Ausgleichszahlungen werden nämlich nicht aus der Bundeskasse finanziert. Der Bund ist bloss Durchlaufstation. Das Geld kommt in Wirklichkeit aus einem Topf, der von jenen Gemeinden gefüllt wird, die von den Elektrizitätsgesellschaften für die Nutzung der Wasserkraft Zinsen erhalten. Der Bund kann von diesen Gemeinden laut heutiger Verordnung im Maximum einen Franken pro Kilowatt Bruttoleistung einfordern.

Das Finanzierungspotential für diese Ausgleichsbeiträge ist aber gegenwärtig bloss zu 30 Prozent ausgeschöpft. Konkret: Die Vollausschöpfung des Landschaftsrappens ermöglicht Beiträge von insgesamt 6 Millionen Franken jährlich. Von diesem Finanzierungspotential werden gegenwärtig aber bloss rund 2 Mio. Franken jährlich ausgeschöpft. Diesen Betrag will jetzt der Bund willkürlich mittels einer Revision ganz massiv reduzieren.

Knallharte Folgen

Die Folgen bekommen die 23 involvierten Walliser und Bündner Gemeinden bereits heute knallhart zu spüren. Diese haben im Herbst 1997 Gesuche für Ausgleichszahlungen eingereicht. Damit waren über Jahre hinweg viel Aufwand und noch mehr Überzeugungsarbeit in den Gemeinde verbunden. Jetzt hat der Bund die Gesuche bis zum Abschluss der Revision sistiert und die für die Jahre 1999 und 2000 vorgesehenen Zahlungen in Höhe von insgesamt 3,5 Millionen Franken aufs Eis gelegt. Allein für die Gemeinden im Kanton Wallis stehen dabei jährliche Zuschüsse von 500 000 Franken auf dem Spiel. Der grösste Teil davon geht nach Naters. Nach heutigen Berechnungskriterien hätte diese Gemeinde Anspruch auf eine jährliche Abfindung von 330 000 Franken. Und das während 40 Jahren. Die Bündner Gemeinde Brigels wartet auf Zahlungen von insgesamt 114 000 Franken. Bisher wurde erst im Fall Greina ein Abgeltungsvertrag mit Graubünden und den Gemeinden Vrin und Sornvix abgeschlossen. Dieser ist durch die laufende Revision nicht tangiert. Die Revision könnte sich aber letzten Endes als Eigengoal entpuppen. Wird der Landschaftsrappen gekürzt, fehlt diesen Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle. Dann wird der Bund am Ende mit Subventionen die Infrastruktur der Gemeinde berappen müssen.

Die Gemeinde Naters hat Anspruch von jährlich 325 000 Franken Ausgleichszahlungen für den Verzicht auf das Kraftwerk Oberaletsch. Der Bundesrat will mit einem administrativen Leerlauf diesen Betrag massiv kürzen.

Dicke Cannabis Post:

Jetzt schnüffeln die Péstler im Auftrag der Kantonspolizei an verdächtigen Hanfpäcklis

Bevor die Péstler ihre Päcklis verteilen sollen sie daran riechen und feststellen ob sie nach Cannabis schmecken. Die verdächtigen Päcklis sollen dann der Kantonspolizei übergeben werden. Die Post hat entsprechende Weisungen an alle Poststellenhalter verschickt.

Mit höchster Dringlichkeit flatterten in alle Walliser Postbüros interne Weisungen der Postverantwortlichen, Abteilung Unternehmenssicherheit. Die Poststellenhalter werden aufgefordert, sämtliche Nachnahmesendungen die nach Cannabis Produkten riechen an einen gewissen «Monsieur l'administrateur postal» in Sitten weiterzuleiten. Dieser werde dann die verdächtigen Hanfpäcklein der Polizei übergeben damit gegen die Empfänger die Strafverfahren eröffnet werden können.

Die Péstler sollen nicht nur an den Päcklis riechen, sondern auch einen Blick auf den Absender werfen. In den Weisungen der Post sind die potentiellen Absender fein säuberlich aufgelistet, die das Hanfkraut an die Kiffer verschicken.

Die Postverantwortlichen kümmern sich keinen Deut um den Daten- oder Personenschutz. Im Gegensatz zum Bankgeheimnis scheint das Postgeheimnis eine gar löchrige Angelegenheit.

In absehbarer Zeit wird der Konsum und der Handel von Cannabisprodukten straffrei. Selbst die ständerätliche Kommission ist für die Legalisierung.

Einzig die Walliser Kantonspolizei und der Staatsrat blasen weiterhin zum Angriff auf jedes süsslich duftende Räuchlein, dass gegen die Walliser Sonne steigt.

Jetzt will die Polizei sogar die Péstler für ihre irrationalen Verfolgungsjagden zu ihren Komplizen machen. Die Frage stellt sich, ob sich die Péstlerinnen und Péstler landauf landab tatsächlich an der Nase herumführen lassen.

Heisser Herbst:

Schaffen wir die Energiewende?

Das Wallis als Wasserschlosskanton hat ein vitales Interesse an der Annahme der drei Energievorlagen.

(aw) **– Das Abstimmungspaket vom 24. September 2000 will eine Neuausrichtung der schweizerischen Energiepolitik: Die erneuerbaren Energiequellen wie Sonne und Wasserkraft sollen gestärkt, die endlichen Energieträger Erdöl und Atom dagegen vermehrt zur Kasse gebeten werden. Das Wallis als Wasserschlosskanton mit einem riesigen solaren Potenzial hat ein vitales Interesse an der Annahme der drei Energievorlagen.**

Die NZZ betitelte das Ergebnis der Nationalratsdebatte zur Öffnung des Strommarktes als «Sieg der Alpen-Opec». Tatsächlich spielte am 20. März das Bündnis zwischen SP, Grünen und CVP wie schon damals bei der Erhöhung der Wasserzinsen. Mit 93 zu 88 Stimmen beschloss der Nationalrat äusserst knapp, die Liberalisierung des Strommarktes mit der Einführung der Förderabgabe für erneuerbare Energien zu verknüpfen. Ausgerechnet CVP-Parteipräsident Adalbert Durrer schertе dabei aus und zeigte einmal mehr, dass er nicht nur beim Inline-Skating gelegentlich die Kurve verfehlt.

Breites Bündnis 3mal Ja

Im Hinblick auf die energiepolitischen Volksabstimmungen vom 24. September zeichnet sich ein breites Bündnis zwischen der Bevölkerung der Gebirgskantone und umweltbewussten Kreisen in den Städten ab. «3mal Ja für Umwelt, Wasserkraft und Arbeitsplätze» lautet der Slogan. Auch die Baubranche gesellt sich zum Kreis der Befürworter, erwartet sie doch vorab von der Förderabgabe interessante Aufträge.

Auf der anderen Seite plant die «Wirtschaftsförderung», die Kampforganisation des Vororts, ihre Millionen gegen die Energievorlagen einzusetzen. Sie kann dabei auf die Unterstützung der FDP und der SVP zählen. Letztere versteckt sich gerne hinter den Inseraten des «Bund der Steuerzahler» und ähnlicher Gruppierungen.

Diese Ausgangslage verspricht für den Sommer und Herbst eine heisse energiepolitische Auseinandersetzung. Hält das Bündnis zwischen BerglerInnen und StädterInnen, ist ein Erfolg an der Urne durchaus möglich.

Für Energie mit Zukunft

Die endlichen Energieträger Heizöl, Benzin, Diesel, Erdgas, Kohle und Atomkraft haben keine Zukunft. Die Vorräte gehen früher oder später zur Neige. Zudem sind Transport und Verbrauch mit hohen Belastungen und Risiken für Mensch und Umwelt verbunden. So entstehen bei der Verbrennung fossiler Energien gesundheitsgefährdende Luftschadstoffe und das Klimagas CO2. Und die radioaktiven Abfälle aus den Atomkraftwerken strahlen während Jahrtausenden nach.

Je früher wir uns von den endlichen Energieträgern verabschieden desto besser. Allerdings lässt sich die Energiewende nicht von einem Tag auf den anderen vollziehen, sondern nur in kleinen Schritten.

Die drei Energievorlagen vom 24. September beschleunigen den nötigen Umbau. Die Solarinitiative, die Förderabgabe und die Grundnorm für eine ökologische Steuerreform funktionieren nach dem gleichen Grundsatz: umweltbelastende, endliche Energien werden um 0,3 bis 2 Rappen pro Kilowattstunde verteuert. Der Erlös dient der Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien wie Sonne, Holz, Wasserkraft sowie zur Senkung der Lohnnebenkosten.

Damit wird ein wichtiger Anreiz geschaffen, Energie in Zukunft gezielter einzusetzen und mit erneuerbaren Quellen zu erzeugen. Dadurch wird die Position der traditionellen erneuerbaren Energien wie Wasserkraft und Holz ebenso gestärkt wie die der neuen erneuerbaren Energie Sonne, Wind, Biomasse und Erdwärme.

Darüber stimmen wir ab

Die Solar-Initiative ermöglicht eine Abgabe auf endlichen Energieträgern wie Heizöl, Benzin und Atomstrom von maximal 0,5 Rappen pro Kilowattstunde. Dadurch wird beispielsweise der Bezinpreis um 4 Rappen pro Liter verteuert. Der Erlös der Abgabe von rund 880 Millionen Franken pro Jahr wird je zur Hälfte für die Förderung der Sonnenenergie (inklusive Wasserkraft) und für die Förderung der Energieeffizienz eingesetzt.

Die Förderabgabe ist der Gegenvorschlag des Parlaments zur Solar-Initiative. Der Abgabesatz ist mit maximal 0,3 Rappen pro Kilowattstunde etwas tiefer. Der Erlös von rund 450 Millionen Franken wird zu je einem Viertel für erneuerbaer Energie, für Energieeffizienz und für ein die Erhaltung und Erneuerung der Wasserkraft eingesetzt.

Die Grundnorm für eine ökologische Steuerreform plant eine Abgabe von maximal 2 Rappen pro Kilowattstunde auf endliche Energieträger. Der Erlös von rund 2 Milliarden Franken soll für die Senkung der Lohnnebenkosten, konkret der AHV-Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, verwendet werden. Die Verfassungsvorlage folgt dem Grundsatz «Energie statt Arbeit besteuern!»

Pier Paolo Pasolini: Ketzer und Aussenseiter

(he) **– Pasolinis künstlerische Biographie ist einerseits Erfolgsgeschichte andererseits eine Skandalchronik. Der 1922 in Bologna geborene und vor 25 Jahren in Ostia bei Rom ermordete Pasolini wurde zur widersprüchlichsten und umstrittensten Künstlerpersönlichkeit der italienischen Nachkriegsgeschichte. Pasolini war zu Lebzeiten ein verzweifelter Aussenseiter, eine zerissene Person, ein kompromissloser Kritiker und Polemiker.**

Gegen Pasolini wurden fortwährend Prozesse geführt – Prozesse wegen seiner Filme, seiner Bücher, seines Privatlebens. Er war ein Provokateur, aber im aktiven Sinn und in bester Absicht.

Pier Paolo Pasolini ist in der Öffentlichkeit vor allem wegen seiner Filme bekannt geworden. Zwischen 1961 und 1975 drehte er zwölf Spielfilme, darunter «Das Matthäus-Evangelium» (1964), «Grosse und kleine Vögel» (1966), «Teorema» (1968), «Die Trilogie des Lebens» (Decamerone, Canterbury-Tales, 1001 Nacht) und «Salo oder die 120 Tage von Sodom» (1975). Weniger bekannt war Pasolini als Dichter und Schriftsteller. Rückblickend erklärte Pasolini: «Also stimmt etwas nicht an dem ‹öffentlichen Eindruck›, den man von meiner Arbeit hat. Von meinen Filmen sprechen mehr oder weniger alle, schlecht oder gut; von meiner Literatur wird wenig gesprochen.»

Der Dichter im Friaul

Als Siebenjähriger schrieb Pasolini sein erstes Gedicht. Entscheidend für das gesamte Werk Pasolinis waren die Erfahrung und Kraft der Sprache. Im Poem «Dichter der Asche» beschreibt Pasolini seine Lebens- und Werkgeschichte. Die Jugend im friaulischen Casarsa, die ersten Dialektgedichte, die er dem Vater widmete, der als Faschist den Dialekt als Sprache gehasst hat. Als Faschist sprach sein Vater das Hochitalienische und damit die Sprache der Macht. Pasolini schrieb aber im friaulischen und venezianischen Dialekt. Das waren für ihn Sprachen des Volkes. Diesen Sprachen wollte er vertrauen, in ihnen schrieb er viele seiner Gedichte.

Im Friaul, wo Pasolini studierte, sich als Maler weiterbildete und als Lehrer tätig war, lernte er auch die Kehrseite der Nähe zu den Leuten kennen: nämlich die Enge. Der umtriebene Parteisekretär wurde aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil man seine Homosexualität als «moralische Unwürdigkeit» empfand. Im Friaul wurde ihm auch der erste von schliesslich rund 30 Prozessen gemacht – ohne Erfolg. Doch der Skandal kostete ihn natürlich die Lehrstelle. Pasolini musste mit seiner Mutter das Friaul verlassen und zog nach Rom. Es folgten die Jahre der Arbeitslosigkeit und Misere in einem römischen Aussenquartier.

Aussenseitertum und Armut

In Rom war Pasolini gezwungen, ausserhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu leben – im sinnlichen Kontakt mit dem römischen Subproletariat. Er schrieb die ersten Romane «Ragazzi di vita» und «Una vita violenta», die in einem provozierenden Realismus verfasst worden sind. Sie brachten ihm nicht nur die ersten grossen literarischen Erfolge ein, sondern auch die ersten «Pornographie»-Prozesse. «Die Asche von Gramsci» und seine späteren Gedichtbände wie «Poesia in forma di rosa» waren Ausdruck einer Verbindung von Lyrik und Polemik, Poesie und Prosa, Tagebuch und politischer Stellungnahme.

Die Glühwürmchen

In den siebziger Jahren schrieb Pasolini Kolumnen zumeist auf der Titelseite des «Corriere della Sera». Eine der berühmtesten hiess «Von den Glühwürmchen». Das Verschwinden der Glühwürmchen wird von Pasolini als Anzeichen einer ökologischen Katastrophe und als Metapher für den Untergang traditioneller Lebensweisen und der traditionellen Kultur gesehen. In den folgenden Jahren mischte er sich mit vielen weiteren Artikeln in die Politik, in die Sphäre der Sitten und Gebräuche, der öffentlichen und privaten Beziehungen ein. Seine Provokationen waren ganz klar und absichtlich politisch. Er beklagte als Schriftsteller und Dichter, dass es keine Glühwürmchen mehr gäbe und beschuldigte die Führungsschicht in Italien. Gleichzeitig sah er, dass viele gesellschaftliche, volkstümliche Faktoren verschwanden: bestimmte Kulturen, bestimmte Möglichkeiten demokratischer Mitsprache, das Leben in den Dörfern und Landkreisen, die von den Zentren vergewaltigt wurden.

Die Ermordung

In der Nacht vom 1. auf den 2. November 1975 wurde der Dichter und Regisseur Pasolini in einem Aussenquartier Roms ermordet – auf einem seiner allnächtlichen Ausflüge in die «wortlose Sexualität». Am Tag darauf fand man die Leiche des umstrittenen Dichters und Regisseurs auf einer ungepflasterten Strasse zwischen zwei Müllhalden. Schnell einmal wurde behauptet, dass er ein Todessüchtiger gewesen sei, der von seiner sexuellen Gier in den Tod getrieben wurde. Es gab aber Leute, die ein Interesse daran hatten, dass der kritische Poet zum Schweigen gebracht wurde. Denn Pasolini wollte praktisch der gesamten Führungselite Italiens den Prozess machen. Pasolini schrieb: «Andreotti, Fanfani, Rumor und wenigstens ein Dutzend andere christdemokratische Grössen gehören wie Nixon auf die Anklagebank gesetzt… Und dort wegen einer endlosen Zahl von Verbrechen angeklagt... Amtsunwürde, Missachtung der Staatsbürger, Veruntreuung öffentlicher Gelder, finstere Schiebergeschäfte mit den Ölkonzernen, mit der Grossindustrie, den Banken, stillschweigende Duldung der Mafia, Kollaboration mit dem CIA…» Der Aufruhr, den Pasolini mit seiner Forderung eines gnadenlosen Tribunals auslöste, war riesengross. Man hielt ihn nicht nur für verrückt, sondern in seinem Wahrheitswahn für gefährlich.

Ein Sänger der Apokalypse

Ohnmächtig hat Pasolini das Wort gegen die kulturelle Verarmung, gegen den Verrat des Traditionellen, gegen die gespenstischen ideologischen Schattenkämpfe der Linken und die Perversionen der Zivilisation durch den Konsum erhoben. Zwischen alle Stühle hat er sich gesetzt, hoffnungslos und verzweifelt am Schluss. Wie ein Narr irre er durch die neue Zeit, hat er 1962 geschrieben. Stets war er entschlossen, sofort alles zu widerrufen, sobald es offiziell vereinnahmt wurde. Pasolinis Mut war es, gegen alle Widerstände sein eigenes Leben zu leben und das bis zum äussersten Wagnis. Er setzte seine Existenz als bekannter Intellektueller aufs Spiel, war zu jedem Widerspruch bereit und liess sich als Person in kein vorgefertigtes Schema pressen. Mit der Kraft und Leidensfähigkeit eines Ketzers setzte er sich zur Wehr.

Pasolini hat es sich und den anderen nie einfach gemacht. Schrittweise entwickelt er sein dichterisches, filmisches und journalistisches Werk, das bestimmt war vom Zwang, Gegenpositionen zu polarisieren, die eigene Andersartigkeit in nichtbürgerlichen Kreisen widerzuspiegeln, zum Dialog über «Andersartigkeit» zu provozieren. Lange bevor das Medienimperium eines Silvio Berlusconi existierte, geisselte der Schriftsteller das Phänomen der industrialisierten Medien als neue Totalität.

Pasolini wurde vor 25 Jahren in Ostia bei Rom ermordet. Die Frage, ob er von einer einzelnen Person oder von faschistischen Gruppierungen umgebracht wurde, ist nie geklärt worden. Trotzdem handelte es sich um ein politisches Verbrechen. Pasolini ist von Kreisen kaltgestellt worden, die seine Übertretungen sexueller, politischer und kultureller Tabus einfach nicht ertragen konnten – diese nahtlose, öffentlich zur Schau getragene Einheit von Engagement und Leben. Den Sänger der Apokalypse «ehrte» allerdings die Konsumgesellschaft inklusive Politmafia mit einem phantastischen Begräbnis. *Hilar Eggel*

Das Vermächtnis

Pasolinis letztes Buch «Petrolio» wurde erst nach seinem Tod veröffentlicht und löste in Italien einen regelrechten Skandal aus. Er selbst hatte den Roman als sein Vermächtnis bezeichnet. «Ich habe ein Buch begonnen», so Pasolini in einem Zeitungsinterview aus dem Jahr 1975, «das mich über Jahre hinweg an sich bindet, vielleicht für den Rest meines Lebens… Nur so viel: es genügt, wenn man weiss, dass es eine Art «Summa» aller meiner Erfahrungen, aller meiner Erinnerungen ist.»

Die Dispute, die aus diesem Buch einen Bestseller machten, hatten mit zwei Aspekten zu tun: erstens mit der ausschweifenden Freizügigkeit mancher erotischer Szenen, die geschildert wurden; zweitens mit der Tatsache, dass hier ein offensichtlich unvollendeter Roman veröffentlicht worden war. Der Roman ist eine politische Skandalgeschichte: Korruption und politischer Terror, Mafiosi und Neofaschisten bevölkern das Szenario.

In «Petrolio» hat Pasolini geschrieben: «Vergesst unverzüglich die grossen Siege und fahrt fort, unerschütterlich und hartnäckig, ewig in Opposition, zu fordern. Fahrt fort, Euch mit dem Andersartigen zu identifizieren, Skandal zu machen und zu lästern.»

Anna Magnani und Pasolini am Lido von Venedig bei Aufnahmen zu «Mama Roma».

Wohin man / frau geht

Tünelkultur Rest. Simplon Naters

Samstag, 6. Mai, 21.00 Uhr
Paraffine
Noise-Pop / Rock
Mit ihrem dritten und aktuellen Album im Handgepäck sind sie auf CH-Tournee und gastieren zum ersten Mal im Tünel. Grosse Live-Erfahrung und eine bestechende Bühnenpräsenz machen die fünf Freiburger hörens- und sehenswert.

Samstag, 13. Mai, 21.00 Uhr
Allpot Futsch
Crossover-Punk
Melodiös, schnell, langsam, laut und präzise – oder auch nicht – lässt diese Band aus Naters dem Zuhörer ihre Refrains um die Ohren klingen.

Freitag, 9. Juni, 21.00 Uhr
Stop the Stoppers
Camping-Salsa
Lasst die Sonne in eure muffigen Herzen und hört euch «Camping-Salsa» an. Das neue Album der Stoppers mit seinen Afro-Kubanischen Rythmen verleitet zum tanzen und katapultiert euch in die Ferien.

Jeden letzten Freitag im Monat ab 21.00 Uhr Müsigbar im Tünel

Lärmausstellung

23. Mai bis 30. Mai
An dieser Ausstellung erleben Sie über Kopfhörer, wie sich Stille, Klänge und Lärm auf Ihr Wohlbefinden und ihre Gesundheit auswirken.

Eine Veranstaltung der OGUV mit Unterstützung des Umweltdepartements des Kanton Wallis, der Gemeinde Visp, der VCS-Sektion Wallis und der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz.

Öffnungszeiten:

- **Dienstag – Mittwoch – Donnerstag – Freitag:** 8.00 bis 18.00 Uhr
- **Samstag:** 10.00 bis 17.00 Uhr
- **Sonntag:** 14.00 bis 17.00 Uhr

Lärm

Umwelt-Agenda

9. bis 15. Mai
Pro Natura Raubzug
Rollende Ausstellung zu Luchs, Wolf und Bär im Bahnhof Brig

Sonntag, 14. Mai
Bio-Fäscht
auf dem Biobetrieb von René Zumofen in Selkingen

Dienstag, 16. Mai, 19.30 Uhr
Energie & Umwelt – ein zentrales Spannungsfeld
Vortrag von Leo Arnold, Ingenieur und Fachjournalist

Sonntag, 21. Mai
Suonenwanderung
halbtägige Exkursion mit Andreas Weissen von Eggen nach Ausserberg

Freitag, 9. Juni, 20.00 Uhr
Aktuelle Energiefragen
Pfarreizentrum Brig
Mit den Experten Gallus Cadenau, Geschäftsführer der Greina-Stiftung und Alfred Rey, Delegierter für Finanzfragen, Kanton Wallis.

Sonntag, 3. September
Oberwalliser Umwältfäscht
auf dem Camping Felsheim in Mörel

Mitgliederversammlung VCS

Mitgliederversammlung der VCS-Sektion Wallis

Donnerstag, 25. Mai, 19.45 Uhr
im Konferenzraum, Bahnhofbuffet in Brig
Anschliessend wird Susanne Hugo die VCS-Initiative «Strassen für alle» vorstellen. Gemütliches Zusammensein bei einem Glas Wein und «eppis Spies» runden den Abend ab.

Freitag, 12. Mai, 20.30 Uhr
Freitag, 19. Mai, 20.30 Uhr
Artichoc
Zeitgenössisches Tanztheater
Ein feinfühliges und humorvolles Stück, das den Gedanken freien Lauf lässt. Mit Judith Bärenfaller-Zurwerra und Jeanette Salzmann.

Freitag, 26. Mai, 20.30 Uhr
Früherheit
Von und mit Gret Imbsweiler
Momente einer Kindheit und Jugend zwischen Trümmern und erster Liebe, zwischen Schulhof und Elternhaus, zwischen Schneewalzer und Jazz.

Mitgliederversammlung WWF

Mitgliederversammlung WWF Wallis

Freitag, 26. Mai, 18.30 Uhr
in der Aula de l'hôpital in Siders

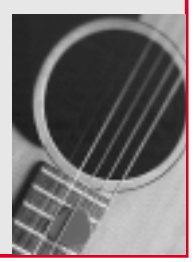
Anschliessend an die Mitgliederversammlung, um 20.00 Uhr:
Präsentation des Projektes «Pfyn-Finges Lebens- und Erlebnisraum»
mit B. Favre, Sierre région und P.-A. Oggier, Biologe, Kanton Wallis

Rock im Stall

im Stall der «Berglandprodukte» in Ernen
Freitag, 16. und Samstag, 17. Juni 2000

Am Freitag spielen:
- **«The Bang»**
- **«Feedback»**

Am Samstag spielen:
- **«Hamster»**
- **«Anni Botz Band»**



Abo-Erneuerung

30 Franken?

Falsch

9 000 000 000 Franken

Ogi will rund die Hälfte seiner Wehr-Mannen in die Wüste schicken. Mit dem eingesparten Geld will er noch mehr Flugis und Panzerlis kaufen. Couchepin hat Ogis Trick gemerkt. Jetzt haben Ogi und Couchepin Knatsch. Die Sonntagszeitung hat nachgerechnet: Die teuerste Armee Europas kostet die Eidgenossenschaft übers Ganze gesehen jedes Jahr 9 Milliarden Franken. Das ist eine rechte Stange Geld. **Unglaublich:** der einstige Armeeabschaffer Andreas Gross lobt Ogis Militärpläne über den grünen Lorbeer-Klee.

Richtig

30 Franken

Die «Rote Anneliese» ist die einzige Oppositionszeitung im Oberwallis, die sagt, was Sache ist.

Die «Rote Anneliese» wird nicht dicker und auch nicht dünner. Darum kostet ein Jahresabo weiterhin 30 Franken. Und das wird vorläufig auch so bleiben. Viele haben das Jahresabo 2000 erneuert. Dafür bedanken wir uns recht herzlich. Alle, die diesmal den beiliegenden Einzahlungsschein benützen recht herzlichen Dank im Voraus. Sie helfen uns dabei, dass der Opposition die Stimme nicht ausgeht.

*** Jene, die uns aktiver unterstützen wollen, können mit beigeheftetem Einzahlungsschein auch 60 Franken oder mehr bezahlen. Herzlichen Dank.** (ra)

Aktion «Reines Wasser» in Simplon-Dorf

Bauunternehmer Zenklusen putscht gegen Gemeindeschreiber Escher

(ktm) **– Der Bau der ARA Simplon-Dorf war beschlossene Sache; die Subventionen von Bund und Kanton für den 1,3 Millionenbau gesprochen. Und dennoch wird die ARA so gut wie sicher nicht gebaut. An Silvester hat der Bauunternehmer Werner Zenklusen gegen den CVP-Grossrat und Gemeindeschreiber Josef Escher geputscht.**

Wer zahlt die bereits gebaute Zufahrtsstrasse zur ARA, die wahrscheinlich nicht gebaut wird?

Im «Walliser Boten» vom 5. Jan. 1999 titelte der freie WB-Mitarbeiter JE (Josef Escher) noch stolz «Zur Burger- und Urversammlung in Simplon-Dorf: Grossprojekten zugestimmt.» Gemeint war damit der Bau einer ARA «Aqua Pura» (Reines Wasser) mit Kosten von 1,3 Mio. Franken. Im Frühjahr 1999 sollte mit dem Bau begonnen werden. Ein Jahr später, nach der traditionellen Simpiler Silvesterurversammlung vom 31. Dezember 1999 blieb die Stimme von JE im «Walliser Boten» stumm. Der Grund: In einer Blitzaktion hatte der Bauunternehmer Werner Zenklusen die Dorfschaft hinter sich geschart und den einjährigen Entscheid der Urversammlung rückgängig gemacht.

Bereits im August 1999 hatte Werner Zenklusen kritisiert, die ARA käme für die kleine Gemeinde Simplon-Dorf viel zu teuer. Dabei schlug er mit einer Naturkläranlage eine bedeutend günstiger Lösung vor. Ende Dezember letzten Jahres holte er schliesslich zum entscheidenden Schlag gegen die Fürsprecher einer traditionellen ARA aus, namentlich gegen den Gemeindepräsidenten Leopold Zenklusen und den Gemeindeschreiber und CVP-Grossrat Josef Escher.

Zenklusens Überraschungscoup

Am 28. Dezember (also drei Tage vor der Urversammlung) stellte der Bauunternehmer Zenklusen mit eingeschriebenem Brief an den Gemeinderat von Simplon-Dorf folgenden Antrag für die Traktandenliste: «Es ist auf die Beschlussfassung der Urversammlung vom 31. 12. 1998 betreffend Kreditgenehmigung für die Realisierung der ARA Simplon-Dorf zurückzukommen und der gesprochene Kredit ist aufzuheben.» Am folgenden Tag informierte Zenklusen alle Haushalte per Rundbrief über seinen Antrag und fragte die SimpilerInnen: «Ist es sinnvoll die teuerst-mögliche Kläranlage für unser Dorf zu bauen?»

Unter dem Druck der Bevölkerung liess der Gemeinderat über den Antrag Zenklusens abstimmen. Rund 90 Prozent der Bevölkerung von Simplon-Dorf stellte sich hinter Zenklusen und warf den einjährigen Kreditbeschluss über den Haufen. Gemeindeschreiber Escher zog in der direkten Ausmarchung gegen den Bauunternehmer Zenklusen zähneknirschend den Kürzeren. Dass der kantonale Rechtsdienst die Abstimmung im Nachhinein als nichtig erklärte, weil der Gegenstand auf der Einladung zur Urversammlung nicht traktandiert war, stört Zenklusen nicht im geringsten. Im Gegensatz zum Gemeinderat habe er das «schon zum voraus gewusst.» Ohne den Überraschungscoup hätte der Gemeinderat die Abstimmung ja kaum zugelassen.

Falsche Wasserschätzung

Obwohl die Anlage nicht gebaut ist, hat die Gemeinde eine Rechnung von rund 100 000 Franken erhalten und schon 80 000 Franken bezahlt. Dennoch stellt sich die Frage, ob und wieviel die Gemeinde zahlen muss. Die Rechnung betrifft nämlich den Bau der Zufahrtsstrasse zur geplanten ARA. Bauunternehmer Zenklusen ist der Meinung, dass die Strasse aufgrund falscher Annahmen von Seiten von Urban Paris vom Ingenieurbüro Schneller Ritz und Partner gebaut wurde. Paris habe nämlich den Bau einer ARA und folglich der Zufahrtsstrasse damit begründet, dass für eine kostengünstigere Anlage die gesetzmässig geforderten, minimalen Wassermengen im Dorfbach nicht genügten. Paris jedoch habe die Wassermenge gar nicht erst gemessen und sei von falschen Zahlen des Elektrizitätswerkes ausgegangen, nämlich von 250 Liter pro Sekunde. Gefordert sind mindestens 400 Liter.

Deshalb folgerte Paris, dass nur eine konventionelle ARA in Frage komme und liess die entsprechenden Zufahrtsstrasse bauen. Zenklusen verlangte eine unabhängige Messung. Dabei wurden 420 Liter gemessen. Also wäre laut Gesetz auch eine kostengünstigere Variante möglich. Ingenieur Paris ging von falschen Annahmen aus, welche schliesslich zum Bau der Zufahrtsstrasse führte. Zenklusen ist der Meinung, dass folglich nicht die Gemeinde die Kosten für diese Fehlplanung zu tragen habe, sondern Paris selbst.

Hat sich Ing. Urban Paris um 2 Millionen verrechnet?

Vor einem Jahr bezifferte Ingenieur Urban Paris die Jahreskosten einer ARA Simplon-Dorf noch mit 129 700 Franken. Im Mitteilungsblatt der Gemeinde von Ende April 2000 preist Paris überraschend seine Anlage mit sensationellen 26 400 Franken Jahreskosten an. Paris hatte sich also um ganze 103 000 Franken pro Jahr verrechnet. Innert 20 Jahren beträgt der Irrtum über 2 Millionen Franken. Möglicherweise war es aber gar kein Irrtum und die Kosten purzelten erst auf Druck der aufkommenden Konkurrenz. Da fragt sich, wohin denn die 2 Millionen geflossen wären?

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • Nr. 162 / Mai 2000